

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2.25 Pf.
(daran 57 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Postbezug 3.97 Pf. einschließlich 60 Pf.
Belegungs- und 72 Pf. Postbelegungs-
ühren. Auslandsendungen 6.05 Pf.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Druckschuldenspost 4.65 Pf.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“. Illustrierte Sonntagsbeilage
„Welt und Zeit“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einpatt. Millimeterzeile 30 Pf.
Reklamezeile 2.- Pf. „Klein An-
zeigen“ das festgedruckte Wort 20 Pf.
(unabhängig vom festgedruckten Wort, jedes
weitere Wort 10 Pf.). Robert H. Tisch
Börse über 15 Buchstaben zahlen für
zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimeter-
zeile 25 Pf. Familienanzeigen Milli-
meterzeile 10 Pf. Anzeigenannahme
im Hauptgeschäft Lindenstraße 3
wöchentlich von 9^h bis 17 Uhr
Der Verlag behält sich das Recht der Ab-
lehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 299-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 57 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3. Dr. S. u. Disk.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 65-66

Was wird Hindenburg tun?

Bayern wehrt sich — die Mehrheit des deutschen Volkes steht zu ihm.

Der Reichspräsident hat am 16. Juni in einem Schreiben an den Reichsinnenminister der Erwartung Ausdruck gegeben, daß nach der Aufhebung des SA-Verbots Gewalttätigkeiten unterbleiben würden, und er hat dem hinzugefügt:

Sollte sich diese Erwartung nicht erfüllen, so bin ich entschlossen, mit allen mir verfassungsmäßig zustehenden Mitteln gegen Ausschreitungen jeder Art vorzugehen.

Dem Reichspräsidenten kann nicht entgangen sein, daß in den acht Tagen seitdem die schlimmsten Ausschreitungen stattgefunden haben. Man wird ihm auch nicht verheimlichen können, daß dabei durchaus nicht immer die Kommunisten die Angreifer gewesen sind. An manchen Orten, wie München, Köln usw. hat es blutige Gewalttaten gegeben, bei denen Kommunisten überhaupt nicht in Erscheinung getreten sind. Im übrigen genügt ein Blick in die nationalsozialistische Presse, um erkennen zu lassen, wo der Ursprung des durch ganz Deutschland rasenden Geistes der Gewalt zu suchen ist. Was gedenkt der Reichspräsident gegen solche Ausschreitungen zu unternehmen?

Die Nationalsozialisten kämpfen jetzt um die volle Unterwerfung der Reichsregierung, die ja ohnehin von ihnen abhängig ist. Sie fordern die Kapitulation des Reiches, damit das Reich die Kapitulation der Länder erzwingt. Sie fordern für Preußen, Bayern, Baden — kurz für alle Länder, in denen sie nicht regieren, weil sie dort nicht die Mehrheit haben — Reichskommissare. Ihre parteiamtliche Korrespondenz verlangt wörtlich: „die Verhängung des Ausnahmezustandes im gesamten deutschen Staatsgebiet, ein rücksichtslos durchgeführtes Verbot der

RPD. und ihrer Dedorganisationen, Säuberung der schwarzen Polizeikräfte, insbesondere in Preußen“.

Warum gerade die RPD verboten werden soll und nicht etwa die NSDAP, die es noch viel toller treibt, wird weiter nicht begründet. Man redet nur noch in Diktaten und Ultimaten, man befiehlt der Regierung „die Tat“ und fügt drohend hinzu: „Bleibt sie auch jetzt wieder aus, dann wird die Entwicklung ihren Lauf nehmen müssen.“

Wie diese „Entwicklung“ aussehen soll, wird von nationalsozialistischen Rednern wie Goebbels und nationalsozialistischen Zeitungen wie dem „Angriff“ mit geradezu sadistischer Phantasie geschildert.

Die Ausschreitungen sind da! Wo bleibt die Anwendung der dem Reichspräsidenten verfassungsmäßig zustehenden Mittel? Soll sie etwa darin bestehen, daß die Reichsregierung sich den Wünschen der Erzbedenken immer wieder unterwirft? Diese Unterwerfung würde das Hineinschlittern in einen Krieg aller gegen alle bedeuten, sie würde Reich und Volk in ihren Lebensgrundlagen erschüttern, die Reichseinheit gefährden, von der Autorität des Staates auch nicht den kleinsten Rest übrig lassen.

Am 10. April hat eine klare Volksmehrheit den Willen ausgesprochen, sich nicht von Hitler regieren zu lassen. Was die Nationalsozialisten jetzt anstreben, ist die gewaltsame Unterjochung dieser Volksmehrheit. Diesem Zweck soll auch eine neue Reichsverordnung dienen, die den Ländern das Rückgrat brechen soll und deren Unterzeichnung man dem Reichspräsidenten zumutet.

Wer sagt dem Reichspräsidenten, daß diese Unterschrift den Tod vieler Menschen bedeutet, ja, daß sie vielleicht den Untergang des Reiches bedeuten kann?!

Wenn das so weitergeht...

Landtag — ein wenig verrückt.

Wenn das so weitergeht ein Vierteljahr, kommt das Delirium, das ist ganz klar!

Der Preussische Landtag hält wieder einmal Nacht-sitzung ab. Ohne jeden vernünftigen Grund. Früher waren solche Nachtsitzungen mitunter notwendig, wenn irgendeine Oppositionspartei Obstruktion machte und durch unzählige Anträge auf namentliche Abstimmungen die Verhandlungen verschleppte. In diesem seltsamen Parlament aber macht niemand Obstruktion, höchstens kann man sagen: die Mehrheit macht gegen sich selber Obstruktion. Ihr Redebedürfnis ist einfach schrankenlos. Im Effekt kann man feststellen: je größer die Zahl der revolutionären Antiparlamentarier in einem Parlament wird, desto unendlich dehnen sich die Sitzungen aus. Daher die abgrundtiefe Verachtung aller wilden Revolutionäre gegen die „Quasselbude“.

Sachlich vollbringt solch ein Parlament, in dem das Demagogentum herrscht, die wunderbarsten Leistungen. So haben die Nationalsozialisten z. B. einen von Schimpfereien sich überschlagenden Antrag eingebracht, der die sofortige Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Grzesinski, Weiß und eine Reihe von Polizeibeamten fordert. Außerdem haben dieselben Nationalsozialisten heute ein Amnestiegesetz in dritter Lesung angenommen, das auch sämtliche politischen Disziplinarstrafverfahren der Beamten umfaßt und ausdrücklich erklärt, daß wegen solcher Taten neue Verfahren nicht eröffnet werden dürfen. Die Staatsregierung soll also gegen Grzesinski auf Befehl der Nationalsozialisten ein Disziplinarverfahren einleiten, von den gleichen Nationalsozialisten aber wird die Einleitung dieses Verfahrens strengstens untersagt!

Solche Vorkommnisse sind keineswegs Seltenheiten in diesem Parlament, dessen Mehrheit nichts als hemmungslose Demagogie kennt. Man hat auch am Freitag beschlossen, daß alle Einkommen über 12 000 Mark radikal weggesteuert sind. Hier fiel allerdings den Nationalsozialisten das Herz in die Hosen; mit allen Mitteln suchten sie die Abstimmung über diesen Antrag zu verhindern und ihn an den Hauptausschuß zurückzuverweisen. Das mißlang jedoch. Nunmehr versuchten sie, durch Obstruktion den Landtag beschlußunfähig zu machen. Auch dies mißlang und der Antrag wurde angenommen, während die Nationalsozialisten an der Abstimmung nicht teilnahmen, weil sie aus Angst vor ihren kapitalistischen Geldgebern nicht für die Forderung zu stimmen wagten, die sie selbst einst aus Demagogie aufgestellt hatten! Nachdem aber die Wegsteuerung der Einkommen über 12 000 Mark beschlossen war, legte ein weiterer Landtagsbeschuß einem Einkommen über 100 000 Mark noch eine Sondersteuer von 2 Proz. auf!

So geht es in diesem Parlament herrlich zu. Alle Augenblicke steigt ein Freisler, ein Kube oder irgendein anderer Demagoge auf die Tribüne und verlangt, daß über irgend etwas, was er verliert, ohne Beratung und ohne Ausschuhüberweisung abgestimmt werde. Das Gesehemachte ist jetzt die beliebteste Angelegenheit geworden, daher schlägt auch ein Gesetz dem anderen ins Gesicht, und es werden Gesetze gemacht, deren Konsequenzen niemand überflieht. Bei dem erwähnten Amnestiegesetz kämpften die Rechtsparteien zunächst wie die Löwen gegen jede, auch die kleinste Einschränkung der Beamtenamnestie. Im letzten Augenblick machte sie ein Regierungsvertreter darauf aufmerksam, daß in Auswirkung ihres Gesetzes z. B. auch der rheinische Separatistenführer, der ehemalige Staatsanwalt Dorten, nicht nur in sein Amt wiedereingeführt werden, sondern sogar noch sein Gehalt für zwölf Jahre nachbezahlt erhalten müßte! Schnell wurde noch eine Änderung eingefügt, durch die die Separatisten von der Amnestie ausgenommen werden. Wer aber trotzdem noch

Bayerns Rechtsstandpunkt.

Die Regierung geht vor den Landtag. — Scharfe Warnung an die SA.

München, 24. Juni. (Eigenbericht.)

Die Antwort Bayerns an die Reichsregierung wurde am Freitag noch nicht abgeschickt. Die Verzögerung ist verursacht durch eine Mitteilung des Reichsinnenministers, daß man in Berlin die Antwort der Länder erst bis Montagabend erwarte. Die bayerische Regierung wird ihren durchaus ablehnenden Standpunkt am Sonnabend dem Landtag in einer besonders dafür anberaumten Sitzung bekanntgeben. Voraussetzlich wird dann der Landtag eine Entschlieung fassen, in der die Haltung der Regierung gebilligt und gegen die Vergewaltigung Bayerns durch die jetzige Reichsregierung protestiert wird.

Nach der „Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz“ sieht man in München voraus, daß das Reichskabinett Anfang nächster Woche zu Maßnahmen greifen wird, die durch eine brutale Verschiebung der Rechtslage Bayern unter den politischen Willen der Reichsregierung beugen soll. Einen solchen Verordnungsakt der Reichsregierung würde man in Bayern als einen Akt der Vergewaltigung betrachten, auch dann, wenn er in eine zunächst gültige Reichsrechts schaffende Rechtsform gekleidet werde. Der bayerischen Staatsgewalt seien dann wohl vorerst die Hände gebunden, in der Uniform- und Demonstrationsfrage ihre politischen und rechtlichen Auffassungen im Reich zur Geltung zu bringen.

Das könne sie aber nicht hindern, den Kampf um ihr Recht und um ihre politische Ueberzeugung mit allen Mitteln des Rechts in befonnener Abwehr und Gegenwehr weiterzuführen.

Diesen Willen habe Staatsrat Schäffer bereits in einer öffentlichen Verlesung bekundet. Seine Aufforderung, daß die Zeit gekommen sei, in der man wiederum an die Organisation eines staatsstreuen Feldheeres denken müsse, bewegte sich vollkommen auf dem Boden des Rechts und der politischen Vernunft, die es nicht zulassen könne, den freien Staatsbürger dem Terror irgendwelcher uniformierter Parteiluppen auszuliefern!

Am Sonntag planen die Hitler-SA. wiederum Demonstrationen in allen größeren Städten Bayerns. Für ihren Aufzug in München wollen sie angeblich rund 30 000 Mann, einen Teil davon aus Norddeutschland, zusammenschieben. Gegen diese Absicht hat der bayerische Innenminister folgende öffentliche Warnung erlassen:

„In München sind Gerüchte im Umlauf, daß Anhänger der NSDAP. am nächsten Sonntag wieder in Form eines öffentlichen Aufzuges demonstrieren wollen. Aus diesem Anlaß wird festgestellt, daß das Uniformverbot und das Aufzugsverbot zu Recht bestehen und auch am nächsten Sonntag unverändert in Geltung sein werden. Zuwiderhandlungen gegen diese Verbote sind strafbar. Die Polizei wird Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften mit Nachdruck entgegenstellen. Dies gilt für Demonstrationsversuche nicht nur in München, sondern auch an allen Orten Bayerns. Die friedliebende Bevölkerung kann versichert sein, daß die Polizei pflichtgemäß für die Beachtung der bestehenden Vorschriften sorgen wird. Von der friedliebenden Bevölkerung muß aber auch erwartet werden, daß sie sich nicht als Mitläufer oder müßige Zuschauer an Demonstrationsversuchen beteiligt. Etwas unangenehme Folgen der Nichtbeachtung dieser Warnung hat sich jeder selbst zuzuschreiben.“

Reichsinnenminister wird „unterrichtet“.

Nationalsozialisten fühlen sich terrorisiert.

Eine Abordnung von Mitgliedern der nationalsozialistischen Fraktion des Preussischen Landtags begab sich heute in später Abendstunde zu dem Reichsminister des Innern, um ihm aus den verschiedensten Gebieten zahlreiche Fälle von Ueberfällen auf Parteigehörige mitzuteilen und darüber eingehendes Material persönlich zu überreichen.

Der Reichsminister des Innern nahm die Beschwerden entgegen und sagte zu, sich umgehend mit den Landesregierungen in Verbindung zu setzen.

alles darunter fällt, das ahnt heute kein Mensch, das werden erst die Auswirkungen zeigen!

Inzwischen plätschern Reden und Reden, und man denkt wieder einmal, das bis in die tiefe Nacht fortzusetzen. Gedrückt und bekümmert schleicht das Landtagspersonal herum, das infolge des gesetzgeberischen Wahnsinnes zwanzigstündige Arbeitszeiten absolvieren muß. Ein Teil der Landtagsbeamten war nach der Wahl sehr nazi-begeistert. Er bekommt die Segnungen des Dritten Reichs bereits zu kosten!

Eine weitere Episode aus diesem „antiparlamentarischen“ Parlament: Der Nationalsozialist Dr. Haupt äußert seine stolze Verachtung über die Antragstellerei. Die habe ja gar keinen Zweck. Die Anträge wanderten entweder in den Papierkorb oder in einen Aktendeckel, beides sei gleich belanglos. Eine Stunde später tritt sein Kollege Dr. Freisler mit einem Duzend neuer Anträge unter dem Arm auf die Tribüne, verliest sie in ratterndem Eilzugtempo und verlangt, daß sämtliche Anträge noch auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gestellt werden. — Trotz ihrer stolzen Verachtung für die Antragsfabrikation haben die Nationalsozialisten allein etwa drei Viertel aller Anträge und Anfragen eingebracht!

Nachdem um 11 Uhr die Kulturdebatte endlich beendet ist, legt ein neues Theater ein. Die Nationalsozialisten haben es nicht verwinden können, daß sie bei der Beratung des kommunistischen Antrages auf Wegbesteuerung der Einkommen über 12 000 M. durch ihre Sabotagemanöver eine schwere agitatorische Schlappe erlitten haben. Jetzt versuchen sie es mit einem demagogischen Gegenzug.

Der eigentliche Antrag der Nationalsozialisten ist ein Sammelsurium demagogischer Forderungen. Er verlangt Einwirkung auf die Reichsregierung dahin, daß die Einkommensteuer unter Heraushebung der Freigrenze von 800 auf 2400 M. progressiv bis zu 80 Proz. gesteigert werde, ferner verlangt er Enteignung der Juden, Sicherstellung der Vermögen der „sozialdemokratischen Bonzokratie“ und Untersuchung, ob das Vermögen auf redliche Weise erworben sei. Unredlich erworbenes Vermögen soll in doppelter Höhe (!) konfisziert werden. In dieser Art geht der Antrag weiter. Die Nationalsozialisten verlangen, daß der Antrag sofort auf die Tagesordnung gesetzt und ohne Debatte dem Hauptausschuß überwiesen wird. Unter stürmischer Heiterkeit verlangt Biedl sofortige Beratung des nationalsozialistischen Antrags ohne Ausschußüberweisung. Auch hiermit ist alles einverstanden. Die Nationalsozialisten wollen jetzt sogar gleich über den Antrag, der noch nicht einmal verabschiedet dem Hause vorliegt, sofort abstimmen lassen. Die Kommunisten verlangen aber eine Aussprache. Ihr Redner Biedl fragt die Nazis, warum sie eigentlich den Umweg über die preußische Regierung machen. Als Tragpfeiler der Regierung Papen hätten es doch die Nazis in der Hand, die Regierung sofort zur Annahme ihrer Forderungen zu zwingen. — Auf Vorschlag des Präsidenten Kertl wird schließlich der nationalsozialistische Antrag als letzter Punkt auf die heutige Tagesordnung gesetzt, er dürfte also in den Morgenstunden zur Verhandlung gelangen.

Dieser Landtag nimmt sich bereits selber nicht mehr ernst.

Der Weg zur Rettung.

Sammelt euch hinter dem Gewerkschaftsprogramm!

Das Rettungsprogramm der Gewerkschaften hat größte Beachtung gefunden. Die Organe der Kapitalisten sind darüber hergefallen, vor allem die D.N.Z., die deutlich ihre Furcht vor diesen allgemein verständlichen Forderungen des Sozialismus zeigt.

Auf der anderen Seite leistet sich die „Rote Fahne“ den traurigen Streich, dies Programm, das für jeden Klassenbewußten Arbeiter eine Selbstverständlichkeit ist und eine Darlegung des gemeinsamen Ziels, mit dummen Verdrehungen zu bekämpfen. Sie schreibt:

„Am Rahmen des bestehenden Wirtschaftssystems“ sollen Maßnahmen planwirtschaftlichen Charakters durchgeführt werden. Die Schlüsselindustrien — Bergbau, Eisenindustrie, Großchemie, Zementindustrie, die Energie- und Verkehrswirtschaft — sollen „verstaatlicht“ werden. Ein halbes Duzend Kemler — Zentrale Bankamt, Staatliches Kartell- und Monopolumt, staatliche Handelsmonopole, Außenhandelsmonopole, zentrale Planstelle — sollen den „Einfluß des demokratischen Staates“ auf die Wirtschaft sichern. Eine Konjunkturpolitik soll vom Staate getrieben werden, die auf die „Verhütung der Krisen“ gerichtet ist; das sei dadurch zu erzielen, daß „die Waffentaufrüstung systematisch gestärkt und die Kapitalbildung reguliert“ werden. Es ergibt sich von selbst die Frage: Wer soll diese planwirtschaftlichen Maßnahmen durchführen? „Der demokratische Staat“, antwortet das Programm. „Das Dokument ist an alle Volksgenossen ohne Unterschied der Partei gerichtet“, schreibt der gestrige „Abend“-Vorwärts. „Volksgenosse v. Papen oder andere „Volksgenossen“ in den Regierungen des kapitalistischen Deutschlands sollen diese Maßnahmen durchführen!“

Das ist eine schamlose Verdrehung! Es ist selbstverständlich, daß die Sammlung der demokratischen und sozialistischen Kräfte hinter diesem Programm zum Sturze der Regierung Papen Voraussetzung seiner Durchführung ist! Es ist selbstverständlich, daß die Regierung Papen ins Amt getreten ist, um den sozialistischen Weg zur Rettung zu verhindern! Es ist selbstverständlich, daß die Reaktion niedergelämpft werden muß, damit der rettende Weg beschritten werden kann!

Die „Rote Fahne“ aber sabotiert diesen Kampf! Und dann reden sie auch noch von — Einheitsfront! Wir hoffen, daß auch die kommunistischen Arbeiter diese Infamie der „Roten Fahne“ durchschauen! Denn der Ruf an alle Volksgenossen ging nicht an Herrn von Papen, sondern an sie!

Adolf beim Hochzeitsmahl.

Wie die englische Presse mitteilt, soll Adolf Hitler bei der Hochzeit des schwedischen Kronprinzen Gustav Adolf mit Engbille Prinzessin von Sachsen-Coburg-Gotha als Gast gemeinsam mit den deutschen Gästen teilnehmen.

Hat Adolf bonapartistische Absichten oder will man in diesem Kreise eine Frau für ihn ausfindig machen, damit er standesgemäß wird?

Giertanz der Nazis.

Sie stolpern über ihre eigenen Anträge.

Die Freitagssitzung des Preussischen Landtags war für die Nazifraktion ein Strafgericht, das sich draußen im Lande fortsetzen muß.

Auf der Tagesordnung stand u. a. der Antrag über die Konfiskation aller Einkommen von jährlich mehr als 12 000 Mark. Bereits im Haushaltsauschuß war dieser Antrag mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen worden, weil sich die famose Nationalsozialistische „Arbeiter“partei der Stimme enthalten hatte. Jetzt stand der Antrag vor dem Plenum und heller Schweiß perlte von den Stirnen dieser „Arbeitervertreter“ und „Sozialisten“. Ausgerechnet der von der sozialdemokratischen Fraktion entsandte Abokat Dr. Freisler aus Kassel sollte die Lage retten. Mit Stentorstimme rief er in der Geschäftsordnungsdebatte vom Podium herunter, er beantrage die Rückverweisung dieses Antrages an den Ausschuß.

Als ihm das Hohngelächter der Linken antwortete, brüllte er, die Nationalsozialisten ließen sich von niemand das Gesicht des Handelns vorzeichnen. Sie mußten es sich aber doch gefallen lassen.

Sofortige Abstimmung, und dazu eine namentliche, war der Gegenantrag der Sozialdemokraten. Mit den Stimmen der gesamten Linken und des größten Teils der Zentrumspartei wurde dem Antrag der Sozialdemokraten entsprochen.

Es folgt die namentliche Abstimmung. Die Nazis sammeln sich um Goebbels und Rude und diskutieren und gestikulieren. Aber die Führer bleiben hart und Prinz Kumi lächelt frohgemut. Die Nationalsozialisten, die Hitler'sche „Arbeiter“partei stimmt nicht ab. Der Antrag wird mit 141 Stimmen der SPD. und der KPD. angenommen. 45 Abgeordnete sind dagegen und 34, zumeist Zentrumangehörige, haben weiße Karten abgegeben.

Als das Ergebnis verkündet wird, erschallt stürmischer Beifall auf der linken Seite des Hauses, die Mitte lacht schadenfroh zu den entlarvt und begoffen dastehenden Nazis, während die Kommunisten einstimmen in ein kräftiges dreifaches: „Nieder mit den Soldknechten des Kapitals, nieder, nieder!“

Den Amnestieantrag nehmen jedoch die Kommunisten treu und brav mit den gleichen Nazis und den Deutschnationalen an. In dritter Lesung ist damit dieses von den Deutschnationalen geänderte Amnestiegesetz angenommen. Nicht begnadigt werden alle Personen, die sich des Verbrechens gegen das Leben und der schweren Körperverletzung schuldig gemacht haben. Ferner: Landesverrat, Verrat militärischer Geheimnisse, Meineid, Vergehen gegen die Religion und gegen die Sprengstoffgesetze. Amnestierte und wegen ihres Vergehens entlassene Beamte erhalten ihre Bezüge nachbezahlt, sofern diese Summe ein doppeltes Jahresgehalt nicht übersteigt. Für das Gesetz stimmen die Nazis, die SPD., die Deutschnationalen und die Christlichsozialen. Stichtag für das Gesetz ist der 15. Juni 1932.

Hierauf wird die Kulturdebatte fortgesetzt.

Abg. Dr. Lauther (Z.): Wir haben von dem nationalsozialistischen Redner nur Kritik gehört, aber nicht das große politische Neue. Dafür hat vorhin Abg. Rude geäußert: „Uns ist Adolf Hitler der Inbegriff unserer Weltanschauung.“ (Heiterkeit.) Die Nationalsozialisten haben viel vom positiven Christentum geredet. Aber zu dem gehört auch das Alte Testament. Sie verlangen die christliche Schule; aber die Reichsregierung kennt nur die soangeteilte und die katholische Schule. Ihre christliche staatliche Zwangsschule müßte, da der Staat einen dauernden Kriegszustand ja nicht übertragen kann, weitgehend nivelliert werden. Es käme dann im Effekt nicht nur die christliche Simultanschule der Liberalen, sondern einfach die religionslose Gemeinshauschule heraus. Jeder Gewissenszwang ist unmoralisch. Jede Verhöhnung oder Verpötlung einer anderen Weltanschauung ist kulturtödlich.

Ich füge weder ein moralisches, noch ein juristisches Urteil über andere Weltanschauungen; aber ich stelle einfach die Tatsache fest, daß Millionen Deutsche nicht auf christlicher Basis stehen.

Und vor den Tatsachen muß man Respekt haben. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Stadler (Dnat.): Die deutschen Protestanten glauben allgemein, daß das Zentrum die Protestanten haßt. Dieser Glaube ist entstanden aus der Verbindung des Zentrums mit den Sozialdemokraten.

Abg. Dr. Haupt (Nsoz.) hält den Kommunisten vor, daß Karl Marx im kommunistischen Manifest ausdrücklich den Arbeitszwang für alle fordert. Die Sozialdemokratie könne nur analytisch, d. h. zerlegend denken. Ihre drei Pfeile seien kein echtes Symbol, weil sie nur drei Organisationen darstellten und keinen Sinn verkörperten. (Lachen bei den Soz.)

Abg. Schalod (Soz.):

Ich habe nicht das Bedürfnis, Herrn Dr. Haupt über den Sinn der drei Pfeile aufzuklären. (Sehr gut! bei den Soz.) Ich lege nur kurz unsere Stellung zu den vorliegenden Anträgen dar:

Die Sozialdemokratie steht grundsätzlich auf dem Boden gleicher Toleranz für alle Weltanschauungen. Wir verwerfen jede Schmäherung und Verleumdung einer weltanschaulichen Überzeugung.

Wir vermerken aber auch alle Verbote und polizeilichen Zwangsmassnahmen gegen Ideen. Alles, was man uns an antireligiöser Propaganda unterstellt, ist völlig frei erfunden und unwahr. Die hier in einer ganzen Serie von Anträgen behandelte sozialdemokratische Gottesbewegung existiert nicht. Aber auch sämtliche Behauptungen und Zitate in den Anträgen, die angeblich den Deutschen Freidenkerverband betreffen, sind frei erfunden. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Aufhebung der Konkordate lehnen wir ab, weil sie nach der Rechtslage dem Staat sehr viel Geld kosten würde. Die Sammelfassen und Sammelschulen widersprechen nicht dem Reichsgesetz. Wir treten in vollem Umfang für das Elternrecht ein, nicht wie die Deutschnationalen nur für das Elternrecht einer bestimmten Richtung. Wir wollen Schuldienst und Schulaufsichtsdienst den Angehörigen aller Weltanschauungen offenhalten.

Wir anerkennen die Pflicht der Schule zur Pflege des Volkstums. Aber wir bejahen auch ihre Pflicht zur Pflege der internationalen Gemeinschaft der Völker.

In diesem Sinne fordern wir übereinstimmend mit der Reichsregierung Schulunterricht im Geiste der Völkerverständigung. Wir wollen die Schule freihalten von Völkerei und militärischem Drill. (Sehr gut! bei den Soz.) Schulgelder und Studiengelder sollen gemäß unseren Anträgen nach dem Vermögen gestaffelt werden. Wir wehren uns gegen die Einschränkung der Schülerwanderungen wie gegen den ganzen Kulturbau unter der Parole der Sparjamkeit. Wir sind stolz darauf, daß die preussische Republik bis zum Einbruch der Weltkrise trotz furchtbarer schmerzlicher Wirtschaftslage der Schule zu einem dauernden Aufschwung verholfen hat. Wir wissen, daß unser Grimm sich leiden-

schäftlich gegen den Abbau namentlich bei der Volksschule gewehrt hat. (Beifall bei den Soz.)

In Braunschweig und Thüringen haben die Nazi-Kultusminister die Junglehrer auf die Strafe geworfen; in Preußen haben wir ihnen 10 Millionen Mark jährliche Unterstützung gezahlt.

Die Sozialdemokratie wird weiter wie bisher für die kulturelle Hebung der breitesten Volksschichten arbeiten. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Lauther (Str.): Herr Dr. Stadler hat hier eine reine Nazirede gehalten. Ich gratuliere den Nationalsozialisten zu dem beachtlichen Zuwachs. Aber vor vierzehn Tagen hat Herr Dr. Stadler in Mülheim erklärt,

die Nationalsozialisten seien ein Santhausen,

und er zitterte vor dem Gedanken, daß sie allein zur Nacht kommen könnten; es würde einen ungeheuren Rückschlag geben. (Hört, hört! und Heiterkeit.)

Abg. Peperkorn (Nsoz.): Die deutsche Seele wird verhegt durch Juden, Juden und immer wieder Juden. (Bravo! bei den Nsoz.) Deshalb sind wir Nationalsozialisten Antisemiten und bleiben in alle Ewigkeit Antisemiten. Wir wollen der deutschen Seele ihr Lumpengewand abreißen. Erst dann kann man in einem neuen Staat der Autorität und des Gehorsams auch für den deutschen Leib sorgen. (Lebhafter Beifall bei den Nsoz.)

Abg. Frau Dr. Wegscheider (Soz.):

„Ich bin ein Deutscher südlichen Glaubens; meine Sprache ist deutsch, meine Kultur ist deutsch und mein Glaube ist deutsch, und dieser Glaube ist stärker als jeder andere Glaube.“

Diese Sätze Walther Rathenaus, den heute vor zehn Jahren die Nationalsozialisten gemordet haben, erledigen die antisemitischen Tiraden des Herrn Peperkorn. (Großer Lärm bei den Nsoz.)

Vizepräsident Haack bittet die Sozialdemokraten, ihre Rednerin nicht zu hören. (Lachen und laute Protestrufe bei den Soz.) Das deutsche Volk erträgt mit Heldennut das schwere Schicksal der sechs Millionen Arbeitslosigkeit. Wir verbitten uns, daß Herr Peperkorn dieses Volk als innerlich verblümpelt bezeichnet. (Stürmischer Beifall bei den Soz.) Verblümpung droht dem deutschen Volk höchstens von der nationalsozialistischen Agitation. (Sehr wahr! bei den Soz.) Herr Peperkorn hat versichert, seine Partei werde kein Judenpogrom machen,

aber derselbe Abgeordnete hat im Wahlkampf erklärt, der sozialdemokratische Polizeipräsident Eggerstädt in Altona müsse hängen. (Lachen bei den Soz.)

Wohin Herr Peperkorn gegen die Juden freundlicher als gegen sozialdemokratische gute Germanen. (Heiterkeit.)

Wenn Herr Dr. Stadler heute erklärt hat, ein evangelischer Sozialdemokrat sei kein evangelischer Mensch, hat er damit bewiesen, daß die Deutschnationalen von der Toleranz, die wir seit 80 Jahren im Programm haben und betätigen, nichts begrreifen.

Jetzt müssen die Herren Nationalsozialisten zeigen, ob sie mit uns praktische Kulturpolitik für das Volk machen wollen. Wie stehen sie zur vierjährigen Grundschule? Wie stehen sie zu unseren Vorkehrungen gegen übertriebene Intellektualisierung der Jugend? Wie stehen sie zu unserer deutschen Oberschule? Wie stehen sie zu unserer Forderung nach einem Typus der Mittelschule, der nicht die ganze höhere Bildung vom Examen in zwei fremden Sprachen abhängig macht? (Sehr gut bei den Soz.)

Wir verwerfen die verkommenen Romantik ihrer Kleinbürgerlichen Ideologie. Wir bauen eine lebensnahe, umweltverbundene Pädagogik.

Auch in der Kulturpolitik wird die Partei, die das Wort Sozialismus dauernd wiederholt, aber vom Geist des Sozialismus nichts begrreift, noch zu spüren bekommen, wie schwer es ihr sein wird, den Worten Taten folgen zu lassen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Die Debatte wird fortgesetzt.

Löbe stellt Straßer.

Keine Kneiferei mehr möglich.

Der Vorsitzende des Ueberwachungsausschusses des Reichstags, Abg. Straßer (Nsoz.), hat dem Reichstag noch immer keinen Bescheid über seine Absichten zukommen lassen.

Nachdem jetzt die Wahrheit der Parteien die Einberufung des Ausschusses verlangt und die Kommunisten sich bereits beim Präsidenten darüber beschwert haben, daß bisher keine Antwort erteilt worden sei, hat am Freitag Reichstagspräsident Löbe an den Abg. Straßer ein Schreiben gerichtet, in dem er anfragt, ob und wann der Ausschuß einberufen werde. Sollte auch auf dieses Schreiben keine oder eine negative Antwort eingehen, so beabsichtigt Präsident Löbe, da es einen Stellvertretenden Vorsitzenden des Ueberwachungsausschusses nicht gibt, das Älteste Mitglied des Ausschusses zu bitten, den Ausschuß einzuberufen.

Die Uniform.

Konflikt im Württembergischen Landtag.

Stuttgart, 24. Juni.

Bei der heutigen Sitzung des Württembergischen Landtags kam es abermals zu erregten Szenen, als die nationalsozialistischen Abgeordneten wieder in Uniform erschienen. Der Zentrumsabgeordnete Bod beantragte die erneute Vertagung des Hauses, und zwar auf unbestimmte Zeit sowie Einberufung des Ausschusses für Geschäftsordnungsfragen.

Landtagspräsident Nergenthaler ließ die Anträge nicht zur Abstimmung zu, worauf die Abgeordneten des Zentrums, der Demokraten, der SPD. und der Kommunisten den Sitzungssaal verließen. Dadurch wurde das Haus beschlußunfähig. Der geschäftsführende Ausschuß des Landtags trat darauf zusammen, um sich mit der Frage zu befassen, ob das Tragen von Parteiuniformen in den Sitzungen des Landtags zulässig sei. Der Ausschuß kam jedoch zu keinem Ergebnis, da ein Teil der Ausschußmitglieder sich weigerte, zu verhandeln, solange nationalsozialistische Abgeordnete in Parteiuniform anwesend seien.

Die Reichseinnahmen im Mai.

Leichte Besserung gegenüber dem Vorjahr.

Die Einnahmen des Reiches erreichten im Monat Mai 541,1 Mill. M., und zwar entfielen hieron auf die Besitz- und Verkehrssteuern 340,7 Mill. M. und auf die Zölle sowie die Verbrauchssteuern 200,4 Mill. M.

In den entsprechenden Monaten des vorhergehenden Jahres gingen an Besitz- und Verkehrssteuern 346,7 und an Zöllen und Verbrauchsabgaben 191,4 Mill. M. ein. Insgesamt ist also im Mai 1932 die Gesamteinnahme des Reiches gegenüber Mai 1931 um 3 Mill. M. gestiegen.

Die Nazi-Kloake.

Widerliche Lügenbege im „Angriff“. — Gerichtliches Einschreiten.

Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: Die nationalsozialistische Tageszeitung „Der Angriff“ enthält in ihrer Freitagnummer Angriffe gegen den Polizeipräsidenten Dr. Weiß, die in der Ungeheuerlichkeit des Tones und in der Unwahrhaftigkeit des Sachverhalts nicht mehr zu überbieten sind. U. a. wird die Behauptung aufgestellt, daß der Polizeipräsident die Kriminalpolizei angewiesen habe, in Spielclubs begangene strafbare Handlungen nicht zu verfolgen. Alle diese und ähnliche Behauptungen sind in vollem Umfange unwahr. Polizeipräsident Dr. Weiß hat bereits Strafantrag gestellt und der Polizeipräsident hat sich diesem Strafantrag angeschlossen. Weitere Maßnahmen gegen das genannte Blatt behält sich der Polizeipräsident vor.

Die Freitagausgabe des „Angriff“ wurde auf gerichtliche Anordnung wegen zweier Artikel mit schweren Angriffen gegen den Polizeipräsidenten Orzeszki und den Polizeipräsidenten Dr. Weiß beschlagnahmt.

Die Affäre Kleefeld.

Keine Einwirkung des Finanzministeriums auf das Verfahren

Der Präsident des Landesfinanzamts Berlin schickt uns folgende Zuschrift:

„In einem Teil der hiesigen Presse ist die Steuerangelegenheit des Kammerpräsidenten a. D. Kurt von Kleefeld behandelt worden. Es wird berichtigt darauf hingewiesen, daß das Verfahren gegen Herrn von Kleefeld im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen ausschließlich von den zuständigen Stellen, und zwar von dem Finanzamt Tiergarten und dem Landesfinanzamt Berlin, auf rein sachlicher Grundlage durchgeführt worden ist. Die Mehrsteuern sind durch den zuständigen Steuerausgleich festgesetzt worden.“

Jedwede Einwirkung des Reichsfinanzministeriums auf die zuständigen Stellen hat in keinem Stadium des Verfahrens stattgefunden. Der steuerliche Erfolg entspricht der allgemeinen Praxis bei den Finanzämtern und ist durch keine Einwirkung von dritter Seite beeinträchtigt worden.“

Die Intervention des Herrn Werner von Alvensleben beim Reichsfinanzministerium ist also unbeachtet geblieben.

Dem Andenten Waltherr Rathenaus.

Eine Feier des Republikanischen Reichsbundes.

Der deutsche Republikanische Reichsbund ehrte gestern durch eine schlichte, würdige Feier im Plenarsaal des Reichstags das Andenken Walter Rathenaus. Von Hortensien und Tannengrün war das Rednerpult umrahmt, vor einem Fahnenmast standen Zypressen. Betrogene Russt erinnerte, während sich die Versammlung erhob, das schwarzrotgoldene Banner der Republik aufgezogen, das einst den Sarg Walter Rathenaus bedeckte. Reichsbannerkameraden mit umflorten Fahnen hielten Wache.

Oberbürgermeister Luppe-Kürnbars leitete die Feier ein. „Rathenau hatte sich zum Kampfsitzel gesetzt, dem demokratischen und sozialen Gedanken des neuen Volkstaates Leben zu verleihen und in der Außenpolitik Deutschland wieder zum Objekt zum mitleidenden Subjekt zu machen. Da traf ihn aus blindem Rassenhaß und nationalistischer Verbeugung die Kugel feiger Meuchelmörder.“ In tiefdurchdringender Rede würdigte Johann Harry Graf Kehler die große umfassende Persönlichkeit Rathenaus: „Schon vor dem Kriege hatte der Ermordete den dreifachen Druck erkannt, der politisch, sozial und menschlich auf dem deutschen Volke lastete. Sein Ziel war die Freiheit des deutschen Menschen nach innen und außen. Er hat kein Opfer der Freiheit des deutschen Menschen schon gebracht. An uns ist es, ihm zu folgen. Für die Rathenau-Gesellschaft sprach Ministerialdirektor Arnold Bracht. „Es ist unsere Aufgabe, in der Hingabe an den Staat dem Toten nachzusehen und wie er die enge Verbindung zwischen beruflichen und weltlichen Dingen zu erstehen. Was er gegen die Verleumdung Deutschlands kämpfte, traf ihn selbst die Verleumdung in Deutschland. Er war Jude, aber hielt sich selbst und dem deutschen Volke die Treue. Heute empfinden wir Scham, daß ein Volk, in dem Lessing seinen „Nathan“ schrieb, wieder vom Antisemitismus heimgegriffen wird. Verzweifeln wir nicht, sondern hoffen wir, daß auf die Passion ein Ostern folgt.“

Mit Dank und Gelächern schloß Oberbürgermeister Luppe die Feier.

Revolvergeschüssen und Messerhelden.

Blutige Zusammenstöße im Westen.

Dortmund, 24. Juni. (Eigenbericht.)

In Dortmund-Dorfstfeld kam es am Donnerstagabend, als Nationalsozialisten in einem kommunistischen Versammlungsort eine Kundgebung veranstalten wollten, zu schweren Zusammenstößen zwischen den beiden Gegnern.

Bei dem Anmarsch grüßen die Kommunisten an. Es fielen ungefähr 35 Schüsse. Ein Nationalsozialist wurde getötet, fünf Personen, darunter drei Nationalsozialisten, wurden schwer verletzt. Es ist noch nicht festgestellt, wer die Nationalsozialisten getötet hat. Es besteht die Möglichkeit, daß er von eigenen Parteigenossen erschossen wurde.

Hamborn, 24. Juni. (Eigenbericht.)

Am Donnerstagabend kam es im Stadtteil Marxloh nach 8 Uhr mehrfach zu politischen Zusammenstößen, in deren Verlauf eine ganze Anzahl Schüsse fiel. Ein Kommunist wurde getötet, ein Nationalsozialist wurde von Kommunisten durch vier Messerhiebe in Kopf und Oberkörper schwer verletzt. Die Polizei mußte von der Schusswaffe und vom Gummihüpfel Gebrauch machen. 60 Personen wurden verhaftet.

Zusammenstöße in Leipzig.

Leipzig, 24. Juni.

Während und nach Schluß einer Versammlung, die gestern abend von der NSDAP veranstaltet wurde, kam es auf der Straße zu Ansammlungen und Demonstrationen, die wiederholt von der Polizei unter Anwendung des Gummihüpfels zerstreut werden mußten. In der Nähe der Hildegardstraße wurden die Polizeiträfte beschossen. Dabei wurde ein Beamter durch einen Schuß in die rechte Hand verletzt. Weitere Verletzte wurden bisher nicht gemeldet.

Heil Hitler!



„Siehste Paul, dafür haben sie uns die Rente gekürzt.“

Günstiger Verlauf in Lausanne.

Aussprache über die deutsche Not.

Die deutsch-französische Aussprache in Lausanne hat am Freitag, dem ersten Tag, einen von beiden Seiten als günstig bezeichneten Verlauf genommen. Einer Vollversammlung beider Delegationen am Vormittag folgte eine zweite am Nachmittag um 5.45 Uhr, der Herr von Papen nur zum Teil beiwohnte, weil er um 18.40 Uhr nach Berlin abreiste. Die Sitzung selbst dauerte bis 19.30 Uhr.

Über die Verhandlungen wurde eine Communiqué herausgegeben, in dem es heißt: „Nach einem Erfolge des französischen Finanzministers fand ein Meinungs-austausch statt mit dem gleichen Bestreben, von beiden Seiten alle Elemente des gestellten Problems von Grund auf zu studieren. Die nächste Sitzung findet am Montagmorgen 24 Uhr statt. Am Sonnabend werden die Sachverständigen ihren Meinungs-austausch fortsetzen, um die Sitzung am Montag ausführlich vorzubereiten.“

In einer Besprechung mit deutschen Pressevertretern hob der deutsche Außenminister den freundschaftlichen Geist der Aussprache hervor. Daß am ersten Tag nicht viel herauskommen konnte, sei klar gewesen. Neben den Verhandlungen mit den Franzosen seien solche mit den Belgiern geführt worden.

Der Reichsfinanzminister erklärte, er habe in den Besprechungen insbesondere nachdrücklich darauf hingewiesen, wie sich seit dem

Sachverständigenbericht von Basel die Lage in Deutschland verschlechtert habe. Die Verschlechterung gelte für die Handelsbilanz, den Etat, die Wirtschaft, die Arbeitslosigkeit und die Denksätze der Reichsbank. Er habe ferner nachgewiesen, daß die herabgesetzten Sätze der Arbeitslosenversicherung durch die letzte Notverordnung einen Grad erreicht hätten, der zu schwersten sozialen Spannungen führen müsse. Wenn man berücksichtigt, daß die Mehrzahl der Arbeitslosen sich mit diesen Sätzen nicht mehr erhalten könnte, dann könne man die Not und Spannung in Deutschland verstehen. Der französische Finanzminister habe die jetzige Not in Deutschland zwar anerkannt, aber noch dem Bericht von Basel darauf hingewiesen, daß mit der Behebung der Weltkrise auch die deutsche Not gebannt sei und dann neue Möglichkeiten für politische Zahlungen und Transfers in beschränktem Umfange ausstehen könnten. Darüber habe es eine kurze Diskussion gegeben. Die Hauptfrage, ob sich ein Weg finden lasse zwischen der französischen Auffassung einer Schlusszahlung und der deutschen Auffassung einer völligen Liquidierung der Reparationsfrage im jetzigen Augenblick, werde erst am Montag in Angriff genommen werden.

Man nimmt allgemein an, daß Herr von Papen und Herriot an der Montagtagung teilnehmen werden.

Klagges und der Schrader-Verband.

Wird Herr von Gahl einer Entscheidung Groeners endlich Geltung verschaffen?

Der frühere Reichsinnenminister Groener ist bekanntlich während seiner Amtszeit vom Polizeibeamten-Verband und vom Deutschen Beamtenbund zum Eingreifen gegen den braunschweigischen Innenminister Klagges aufgefordert worden, weil dieser völlig verfassungswidrig und gegenwärtig den braunschweigischen Polizeibeamten die Zugehörigkeit zum Landesverband der Polizeibeamten Braunschweigs (Schrader-Verband) verboten hatte.

Werkwüchsigerweise erzählt man erst jetzt, daß Groener der Beschwerde stattgegeben und Klagges erwidert hat, seine Maßnahmen, die ungesetzlich seien, aufzuheben. Bisher ist Klagges dieser Aufforderung nicht gefolgt, wohl weil er hofft, daß Groeners Nachfolger anders denkt und ihn stützt. Die Entscheidung Groeners gegen Klagges dürfte aber Anlaß geben, den Minister von Gahl aufzufordern, der Entscheidung seines Vorgängers Geltung zu verschaffen.

Aufgeklärte „Reichsbannermordtat“.

Nazis erschlagen ihre eigenen Leute.

Im Anschluß an die unerhörten Vorgänge in Langelsheim, wo Nationalsozialisten, mit Lastkraftwagen aus der ganzen Umgebung zusammengelassen, eine Versammlung der Eisernen Front zu sprengen versuchten, hatte die nationalsozialistische Presse, unterstützt von den übrigen nationalistischen Heftblättern, berichtet, daß der SA-Mann Rudolf Gelbke aus Röstorf bei Borsdorf von Reichsbannerleuten durch Hiebe mit einer Fahnenstange so schwer verletzt wurde, daß er verstarb.

Der Gau Braunschweig des Reichsbanners stellt demgegenüber fest, daß der ehemalige SA-Mann Rudolf Gelbke nicht in Langelsheim war. Gelbke ist vielmehr auf einem Schützenfest in Röstorf von Nationalsozialisten, also von seinen eigenen Leuten, niedergeschlagen worden. Die Couleitung des Reichsbanners hat gegen eine ganze Anzahl Nationalsozialisten, die an dem Ueberfall auf die Versammlung der Eisernen Front in Langelsheim beteiligt waren, Strafanzeige erstattet.

Der Reichskanzler reist heute abend nach Berlin. Reichskanzler von Papen reist heute abend von Lausanne zur Berichterstattung nach Berlin. Er wird voraussichtlich am Sonntagabend oder Montag früh wieder nach Lausanne zurückkehren.

Der Wert des entlegenen spanischen Königsvermögens beträgt rund 7½ Billionen Reichsmark und soll für soziale, kulturelle und wohltätige Zwecke nutzbar gemacht werden.

Staatsoper Unter den Linden.

„Wiener Blut“ von Johann Strauß.

Um ein Nichts von Handlung ein Rausch von Musik und Farbe. Eine Aufführung, die sich sehen lassen kann. Ganz großer Abend, viel Applaus.

Nächtliche Schießerei in Berlin.

Naziüberfall auf Reichsbanner.

In den gestrigen Abendstunden kam es in Rosbit, Sieglist und Friedenau zu schweren Zusammenstößen. Eine Rote Hafenkreuzler überfiel in der Canovastraße in Friedenau einige Reichsbannerleute. Ein Reichsbannerkamerad mußte schwer verletzt in das Auguste-Victoria-Krankenhaus gebracht werden. Sechs Täter wurden festgenommen. In Sieglist lieferten sich Kommunisten und Nazis eine Revolverschlacht, bei der über 20 Schüsse gewechselt wurden. Während die radikalen Gegner unverletzt blieben, wurde ein völlig unbeteiligter Passant schwer verletzt. 21 Nazis und 6 Kommunisten wurden festgenommen.

In Rosbit, in der Emdener, Kottbuser und Wittstocker Straße kam es gegen 22 Uhr abends zu bedrohlichen Ansammlungen und kommunistischen Demonstrationen, so daß der Wasserwagen der Schupo eingesetzt werden mußte. Die Polizei hat mehrere Straßenzüge völlig abgeperrt.

Ein neues Parteiorgan.

In der Nazihochburg Schweidnitz.

Der Unterbezirk Schweidnitz-Reichenbach-Striegau der Sozialdemokratischen Partei hat im Einvernehmen mit dem Verlag der „Schlesischen Bergwacht“ in Waldenburg die Herausgabe eines neuen Parteiorganes beschlossen. Das Blatt soll den Namen „Schweidnitzer Volkszeitung“ tragen und ab 1. Juli erscheinen. Die Gründung des neuen Organs wird, da Schweidnitz eine der übelsten Hochburgen der Nazis in Schlesien ist, von der Arbeiterschaft des Unterbezirks freudig begrüßt. Von Schweidnitz nahm die schlesische Hafenkreuzbewegung vor Jahren ihren Ausgang.

Der Werbemonat der Sozialdemokratie hat in Schlesien bereits recht ansehnliche Erfolge gebracht. So konnten in Groß-Breslau bis Mitte Juni der Partei 400 neue Mitglieder zugeführt werden. Besonders erfreulich ist, daß ein großer Teil früherer Edstein-Anhänger jetzt zur Partei zurückkehrt. Der Unterbezirk Schweidnitz, zu dem die Kreise Reichenbach-Schweidnitz und Striegau gehören, meldet 280 neue Aufnahmen. Ähnlich günstige Berichte liegen aus anderen Teilen Schlesiens vor.

In Krakau wurden Gedankenspieler zu Ehren der im Belgrader Parlament ermordeten Bannführer Stefan Raditch, Paul Raditch und Bofarsitch abgehalten. In Brod zerstreute die Polizei Demonstranten, die einen wegen kommunistischer Propaganda Verurteilten aus dem Gefängnis zu befreien suchten. Ein Demonstrant wurde getötet. Bei einem anderen Zusammenstoß wurde ein Gendarm schwer verletzt. In Spalato wurden wegen feindseliger Rufe gegen die Regierung sechs Personen verhaftet.

Eine Offensive Tibets gegen China scheint einen größeren Teil der Provinz Sinciang in die Gewalt Tibets gebracht zu haben. Damit wiederholt sich der damals kaum bemerkte Vorgang von 1918.

Das neue „System“.

Armengeld. — Belastung der Gemeinden. — Verteuerte Verwaltung.

Feststellung der Hilfsbedürftigkeit — das ist das neue Prinzip, das für die Regierung der Barone gegenüber den Arbeitslosen maßgebend ist. Mit diesem Prinzip wird die ganze Arbeitslosenunterstützung auf das Niveau der Armenunterstützung heruntergedrückt.

Die Leidtragenden sind neben den Arbeitslosen aber auch die Gemeinden, von denen nicht zuletzt die Anregung zu diesem Experiment ausgegangen ist. Die Gemeinden können sich bei den Herren vom Städtetag bedanken. Ebenso ist mit der Verquickung von Versicherung und gemeindlicher Fürsorgepflicht eine Verteuerung der Verwaltung verbunden. Diese Bilanzleistung einer „Reform“ wird von der „Gewerkschaftszeitung“, dem Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in ihrer soeben erschienenen neuesten Nummer scharf beleuchtet.

Die Dinge liegen, so betont die Gewerkschaftszeitung, nach der Neuordnung so, daß in zahlreichen Fällen, vielleicht sogar in der Mehrzahl der Fälle, die Gemeinden von der siebenten Woche ab, also noch während der Wochen der sogenannten „Versicherungs“-Leistung und während der Krisenunterstützung

neben der Arbeitslosenunterstützung zufällige Wohlfahrtsleistungen

aus eigenen Mitteln werden geben müssen. Der „Richtschuß“ soll dazu dienen, die unterste Grenze festzustellen, was nach Lage des Falles dem Hilfsbedürftigen unbedingt zu seiner oder zu seiner Familie Erhaltung zuzuwenden ist. Die von der Regierung angeordneten Höchstätze werden jedoch in zahlreichen Fällen um 30, 40 und mehr Proz. hinter dem Richtschuß zurückbleiben. Der Arbeitslose wird selbstverständlich die Differenz zwischen dem Richtschuß und der tatsächlichen Unterstützung als zufällige Wohlfahrtsleistung bei der Gemeinde anfordern. Die Arbeitslosen haben dazu ein Recht, und sie müssen und sollen dieses Recht überall geltend machen. Was aber bisher Ausnahme war, wird nunmehr die Regel werden.

Es kommt aber noch schlimmer. Künftig werden die Ausgesteuerten, die bisher aus psychologischen Gründen nicht zur Wohlfahrt kamen, weil sie die Armenfürsorge vermeiden wollten — man hat ihre Zahl auf 15 bis 20 Proz. geschätzt —, sich sehr rasch der gemeindlichen Wohlfahrtsfürsorge anvertrauen, weil sie ja schon vom ersten Tag der Arbeitslosigkeit an auf ihre Bedürftigkeit hin schonungslos durchleuchtet werden.

Jeder Arbeitslose wird von vornherein zum Armenhäuser gestempelt.

Das hat aber auch finanzielle Folgen für die Gemeinden. Geradezu ein Hohn auf Sparjamkeit ist der mit der Neuordnung

verbundene, künstlich geschaffene Verwaltungswirrwarr. Neue kostspielige Instanzen entstehen. Verwaltungskommissionen und Überschneidungen von Kompetenzen der verschiedenen Organe werden an der Tagesordnung sein. Schon jetzt jammern die Gemeinden darüber, daß sie die ihnen auferlegte Prüfung der Hilfsbedürftigkeit nicht ohne die Schaffung eines neuen großen Verwaltungsapparates leisten können. Auf der anderen Seite können die Arbeitsämter, da sie für die Richtigkeit der auszahlenden Summen, deren Höhe von den Gemeinden zu berechnen ist, noch nie vor verantwortlich bleiben, ihren bisherigen Feststellungsapparat nicht abzubauen. „Was werden wird“, betont die Gewerkschaftszeitung, „ist heute schon klar.“

eine unendlich verteuerte Verwaltung.

die in zahlreichen Gemeinden verteuert schlecht arbeiten wird. In Zukunft muß jeder Antrag eines Arbeitslosen bereits bei Beginn seiner Arbeitslosigkeit doppelt ausgefüllt werden, damit einmal das Arbeitsamt die Feststellungen für die ersten sechs Wochen treffen und damit weiter die Gemeinde bis zum Ablauf der sechsten Woche ihre Feststellungen über die Hilfsbedürftigkeit durchführen kann. Diese Arbeit wird auch geleistet werden müssen selbst für solche Arbeitslose, die vielleicht nicht einmal sechs Wochen arbeitslos bleiben. Ob die Gemeinde immer imstande sein wird, bereits bis zum Ablauf der sechsten Woche ihre Prüfung durchzuführen, ist außerordentlich fraglich.

Das Arbeitsamt darf nach Ablauf der sechsten Woche keinen Pfennig auszahlen.

wenn nicht das Gutachten der Gemeinde über die Hilfsbedürftigkeit des zu Unterstühenden vorliegt. Dieser Zustand wird sicher vielfach eintreten. Es bleibt dem Arbeitslosen dann nur der Weg, sich sofort an die Gemeinde zu wenden. Sie wird dann Unterstützung leisten müssen, ohne diese Leistung auf die Arbeitslosenversicherung oder die Krisenfürsorge anrechnen zu können; also eine neue Belastung der Gemeinde.

Zu all dem kommt dann noch ein doppelter und dreifacher Apparat für die Rechtsprechung, ein undurchsichtiges, kompliziertes und verwirrendes System im Streitverfahren um die Arbeitslosenversicherung. „Das, was die Regierung geschaffen hat“, so schließt die „Gewerkschaftszeitung“ ihre interessante Betrachtung, „ist nicht nur unerträglich und im höchsten Grade unsozial, es ist konstruktiv unsinnig und unhaltbar. Man staunt immer wieder, wie ein solches Monstrum das Licht der Welt erblicken konnte. Die Erklärung dafür ist nur, daß die neue Regierung koplos, um der Kritik kritischer Personen zu begegnen, ohne Überlegung Formen schaffte, über die sie selbst nicht im klaren war.“

Für die Dummen!

Der „Angriff“ sorgt für Aufklärung

Nachdem sich der nationalsozialistische „Angriff“ zehn Tage lang um die Rotverordnung der Regierung von Schleicher von Saal von Papen gewunden und gedrückt hat, läßt er sich bemüht, etwas fröhlichere Töne anzuschlagen. Es geht bedenklich auf die Wahlen zu. Der Artikel beginnt folgendermaßen:

„Wieder einmal ist das schon längst zum blutigen Hohn gewordene Wort vom „Dank des Vaterlandes“ in aller Munde. Die Regierung Papen (die übrigens, wie für die Dummen nochmals wiederholt sei, mit der NSDAP. gar nichts zu tun hat) hat den vom Robiner Brünning aufgestellten Rekord im Erlaß von drückenden Rotverordnungen weit unterboten.“

Dem ist kaum etwas hinzuzufügen. Besonders nicht zu der Bemerkung, die „für die Dummen“ bestimmt ist. Da der „Angriff“ selbst sagt, daß nur die Dummen ihm glauben werden, daß die Regierung der Nazis nichts mit den Nazis zu tun hat, so bleibt uns nur übrig, zu unterstreichen, daß nach dem Eingeständnis des Naziblattes die Regierung von Schleicher den arbeitenden Schichten, den Arbeitslosen, den Kriegsoffizieren und den Sozialrentnern Lasten auferlegt hat, die alles weit hinter sich lassen, was jemals von der Regierung Brünning gefordert ist. Wir wollen hoffen, daß diese Aufklärung des „Angriff“ auf die Dummen, wie er seine Leser tituliert, den Eindruck nicht verfehlen wird!

Bereinbarung der Bauklemper.

Erfolgreicher Streit

In einer Branche vereinigten Bauklemper und Gas- und Wasserrohrleger der Betriebe der Berliner Klemper- und Installateurinnung haben den Abbruch ihres Streiks beschlossen unter der Voraussetzung, daß auch die Mitglieder der Innung dem Ergebnis zustimmen, daß in den noch-maligen Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Kommissionen zustande gekommen ist. Dieses Verhandlungsergebnis wird zum größten Teil den Forderungen gerecht, mit denen die Branche den Kampf gegen die Innungsmeister vor vier Wochen eröffnet hat.

Die Innung hatte den Bauklempern und Rohrlegern einen Stundenlohn von 1,03 Mark geboten, während für die Rohrleger in den Betrieben des Arbeitgeberverbandes der Zentralheizungsindustrie und der gesundheitstechnischen Firmen, die seit Jahrzehnten schon die gleiche Entlohnung haben wie ihre Berufskollegen in den Innungsbetrieben, in freier Vereinbarung ein Stundenlohn von 1,16 Mark festgesetzt worden war. Die Innungsvertreter haben jetzt, wie es die Streikenden von Anfang an gefordert hatten, die mit dem Arbeitgeberverband der Zentralheizungsindustrie getroffene Lohnvereinbarung auch für die Innungsbetriebe als bindend anerkannt, womit die Ablicht der Kleinmeister, Lohnpolitik auf eigene Faust zu machen, vereitelt worden ist.

Hinsichtlich der bisherigen Tarifbestimmungen über die Erstattung des Fahrgeldes sowie der Fahr- und Laufzeit sind allerdings einige Änderungen zuungunsten der Bauklemper eingetreten. Die Urlaubsregelung bleibt die gleiche wie bisher; eine geringe Verschlechterung tritt nur ein bei den Arbeitern, die zwei Jahre in einem Betriebe tätig sind und nur noch fünf anstatt wie bisher sechs Tage Urlaub erhalten. Lohn- und Manteltarifvertrag sollen bis zum 31. März 1933 gelten. Wann die Arbeit wieder aufgenommen wird, hängt von der Stellungnahme der Innungsverammlung zu dem Angebot ihrer Unterhändler ab.

Die Preisgabe der unverkämbten Abbauforderungen der Innungsmeister nach einem vierwöchigen Kampf der Klemper ist wieder ein Beweis für die Notwendigkeit und die Richtigkeit der Organisation in den Zeiten der Krise. Eine gut organisierte und disziplinierte Arbeiterkraft kann auch in so ungünstigen Zeiten wie den augenblicklichen den Unternehmern Erfolge abtrotzen, wenn diese jetzt auch nur in der Abwehr von Verschlechterungen bestehen.

Jugend und Arbeitsdienst.

Bedingt für freiwilligen — gegen Arbeitsdienstzwang.

Der Landesauschuss der deutschen Jugendverbände veranstaltet am Freitag eine Aussprache über den freiwilligen Arbeitsdienst. Der Geschäftsführer des Reichsausschusses, Maack, referierte. Es sei nötig, die nach der jetzigen Gesetzgebung vorhandene Zersplitterung und Richtungslosigkeit des freiwilligen Arbeitsdienstes zu überwinden. Die Gesetzgebung müsse so gestaltet sein, daß die verschiedensten Arbeitsprojekte durchgeführt werden können, aber doch eine „Generallinie“ gewahrt werde. Das bedeute nicht, daß aus dem freiwilligen Arbeitsdienst eine Arbeitsdienstpflicht werden müsse. Schon in der letzten Landesauschussung wurde von den meisten Rednern scharf gegen die etwa geplante Arbeitsdienstpflicht Stellung genommen.

Der freiwillige Arbeitsdienst habe vor allem eine gesellschaftspädagogische Funktion. Selbstverwaltung im Lager sei nötig, um zur Selbstverantwortung zu erziehen. Die Dauer der täglichen Arbeitszeit müsse so beschränkt werden, daß jeder Träger des Dienstes seine Pflicht zur Durchführung der gesamt-pädagogischen Aufgaben erfüllen kann. Die Arbeiten, wie jetzt schon geschieht, müssen zusätzlich und gemeinnützig sein. Sie müssen aber auch zweckvoll entsprechend den gegenwärtigen Verhältnissen sein.

Maack forderte weiter die Einrichtung eines sogenannten Reichsarbeitsdienstes und Schaffung von Selbstverwaltungskörpern im Bereich jedes Landesarbeitsamtes unter dem Namen „Heimatwerk“. Im „Heimatwerk“ sollen die Behörden sowie auch die sonstigen am freiwilligen Arbeitsdienst interessierten Organisationen zusammenwirken. Ihm müßte die entsprechende Beurteilung über die Eignung der Träger des Dienstes obliegen.

Mehrere dem Landesauschuss angeschlossene Verbände haben sich inzwischen zu einer Arbeitsgemeinschaft mit der Bezeichnung „Sozialer Dienst für Arbeitshilfe“ zusammengeschlossen. Die Verbände, die zu dieser Arbeitsgemeinschaft gehören, vertreten im Bereich des Landesarbeitsamtsbezirks Brandenburg über 200 000 jugendliche Mitglieder bis zum 25. Lebensjahr, von denen über die Hälfte arbeitslos sein dürfte.

Programm des sozialen Dienstes für Arbeitshilfe.

In dem Programm des Sozialen Dienstes für Arbeitshilfe heißt es:

Der J.A.D. ist kein Mittel, die Wirtschaftskrise zu beheben. Der J.A.D. kann nicht als Arbeitsbeschaffung betrachtet werden, da er keine zusätzliche Kaufkraft schafft. Der J.A.D. darf aus diesem Grunde keine Dauereinrichtung werden, er ist nur als Hilfsmittel in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise zu betrachten. Der J.A.D. kann nur als „Arbeitshilfe“ im sozial-pädagogischen Sinne angesehen werden.

Bei der Beschäftigung Arbeitsdienstwilliger im Rahmen der „Arbeitshilfe“ sollen folgende Grundsätze gewahrt werden:

Die Vermeidung jeglichen Zwanges. Zur Arbeitshilfe sind alle jugendlichen Erwerbslosen bis zum 25. Lebensjahr zuzulassen. Arbeitszeit (höchstens 8 Stunden) und Arbeitsentlohnung müssen so geregelt werden, daß neben der Arbeit Raum für Belehrung, Sport und sinnvolle Freizeitgestaltung bleibt. Die Freude an der Arbeit soll wieder geweckt und die beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten erhalten werden. Die Führer der Arbeitsgemeinschaften sind so auszuwählen, daß sie volle Gewähr für die Durchführung der gemeinschaftlichen Arbeit im Geiste der Kameradschaft und der gegenseitigen Hilfe bieten. Die Beschäftigten erhalten als Entschädigung angemessene Unterkunft und Verpflegung, etwa nötige Arbeitskleidung sowie ein entsprechendes Taschengeld. Außerdem sind sie gegen Krankheit, Unfall- und Invalidität zu versichern.

Die Arbeiten, die im Rahmen der Arbeitshilfe zu leisten sind, müssen gemeinnützig und zusätzlich sein. Es darf sich nur

um Arbeiten handeln, die ohne den Einsatz der Arbeitshilfe auf jeden Fall unterbleiben müßten.

Die jetzige Reichsgerichtspraxis bei volkswirtschaftlich wertvollen Arbeiten ist dahingehend umzuwandeln, daß jeder Arbeitsdienstwillige nach Beendigung seines Dienstes einen Gutschein in der vorgeschriebenen Höhe erhält, der es ihm ermöglicht, Ausstattungsgegenstände nach freier Wahl zu kaufen.

Die Verheerungen der Krise.

Wie es in der Metallindustrie Brandenburg aussieht.

Wie verheerend sich die Wirtschaftskrise nicht nur für die Arbeiterchaft der Großstädte, sondern auch für die in den Provinzstädten mit stark industriellem Charakter auswirkt, wird mit erschreckender Deutlichkeit in dem Geschäftsbericht der Bezirksleitung Brandenburg des Deutschen Metallarbeiterverbandes für das Jahr 1931 offenbart.

Im Jahre 1928 gab es im Bezirk Brandenburg noch 494 Betriebe mit mehr als fünf Arbeitern und Angestellten, die insgesamt 54 331 Personen beschäftigten. Im Jahre 1931 dagegen nur noch 444 Betriebe mit insgesamt 31 392 beschäftigten Personen. 43 Betriebe mit 1294 Beschäftigten wurden im Berichtsjahr völlig stillgelegt. Der Geschäftsbericht der Bezirksleitung schätzt die Zahl der Ende 1931 beschäftigungslosen Metallarbeiter in der Provinz Brandenburg auf etwa 40 Proz. Ganz besonders unheilvoll zeigt sich die Auswirkung der Wirtschaftskrise in Brandenburg an der Havel. In der Metallindustrie dieser Stadt waren 1928 etwa 14 000 Arbeiter und Angestellte tätig; Ende 1931 nach der Zahlungseinstellung der Brennaborwerke waren es nur noch ganze 900 Personen.

Der Mitgliederbestand im Bezirk Brandenburg des Metallarbeiterverbandes ist daher im Laufe des Berichtsjahres um 3512 oder 11,34 Proz. auf 27 452 Mitglieder zurückgegangen. Angesichts der geradezu verhängnisvollen Entwicklung des Arbeitsmarktes der Metallindustrie in der Provinz Brandenburg muß dieser Mitgliederückgang, so bedauerlich er ist, doch als verhältnismäßig gering angesehen werden.

Von der Bezirksleitung wurden im vorigen Jahr 74 Lohnbewegungen, darunter 62 Abwehrbewegungen, mit insgesamt 131 782 Beteiligten geführt, von denen 13 einen vollen Erfolg, 46 einen Teilerfolg und 15 keinen Erfolg hatten. Der Erfolg dieser Bewegungen bestand für 3609 Personen in einer Arbeitszeitverlängerung von 10 827 Stunden je Woche, für 3618 Personen in einer Lohnerhöhung von 923 Mk. je Woche und für 39 231 Personen in der Abwehr eines Lohnabbaues von 93 458 Mark in der Woche. Die Organisation hat sich also auch im Bezirk Brandenburg des Metallarbeiterverbandes als ein zwar nicht unübersteigbares, aber doch sehr hohes Hindernis für die lohnabbauwütigen Unternehmer erwiesen.

Die Einheitsfront

Entschließung der Bankangestellten.

Die Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Berlin des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankangestellten nahm ein Referat des Genossen Dr. Paul Herz über die augenblickliche Lage und die freien Gewerkschaften entgegen. Unter besonderer Berücksichtigung der neuesten Rotverordnung der Papen-Regierung schilderte der Redner die oppositionelle Stellung der Gewerkschaften gegen die jetzige Regierung und berührte darüber hinaus auf Grund eines vor der Versammlung verteilten Flugblattes der NSD. unsere Stellungnahme zur Einheitsfront.

Die „Opposition“ in der Mitgliederversammlung, die von dem Genossen Herz treffend abgeferligt wurde, brachte insgesamt drei Resolutionen ein. Dies veranlaßte die Versammlungsleitung, folgende Resolution unter Ablehnung aller anderen zur Beschlussnahme zu empfehlen:

„Die Versammlung begrüßt den Aufruf der freien Gewerkschaften zur Bildung der einheitlichen Abwehrfront gegen den Faschismus und gegen die Papen-Regierung und steht geschlossen hinter dieser Forderung. Sie fordert deshalb die gesamte Arbeiterklasse auf, durch Zusammenschluß in den freien Gewerkschaften die praktische Grundlage für diese Einheitsfront zu schaffen.“

Diese Entschließung wurde gegen 11 Stimmen der Opposition angenommen. Sie ist kurz und bündig und kann als Musterbeispiel gelten zur Abweisung der Schliche kommunistischer „Einheitsfront“-Mache.

Pflichtarbeit.

Unter welchen Umständen kann sie gefordert werden?

Aus dem ganzen Reich kommen Beschwerden von Krisenunterstützungsempfängern, daß ihre Unterstützung von einer Pflichtarbeit abhängig gemacht wird. Leider besteht die Möglichkeit, „Pflichtarbeit“ von Krisenunterstützten und jugendlichen Arbeitslosen zu verlangen. In Ausnahmefällen kann sogar die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung von der Leistung einer Pflichtarbeit abhängig gemacht werden.

Den Arbeitslosen dürfen nur solche Arbeiten zugewiesen werden, die

1. sonst überhaupt nicht oder nicht zu dieser Zeit oder nicht in diesem Umfang ausgeführt werden würden,
2. gemeinnützig sind, insbesondere hilfsbedürftigen Personengruppen zugute kommen,
3. ihnen nach ihrem Lebensalter, ihrem Gesundheitszustand und ihren häuslichen Verhältnissen zugemutet werden können,
4. ihre Vermittlung in Arbeit nicht gefährden,
5. ihnen keine Nachteile für ihr späteres Fortkommen bringen.

Für Mehraufwendungen, die den Arbeitslosen bei ordnungsgemäßer Ausführung der zugewiesenen Arbeiten entstehen, ist ihnen durch den Träger der Arbeit angemessene Entschädigung zu gewähren. Die Höchstarbeitsdauer, die von den Arbeitslosen in einem bestimmten Zeitraum gefordert werden darf, muß in angemessenem Verhältnis zu der auf den gleichen Zeitraum entfallenden durchschnittlichen Arbeitslosenunterstützung stehen.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Sonnabend, 23. Juni: Jugendgruppe des Deutschen Bauergewerksbundes, Mauerer, Spanbauer: Bauabend im Jugendheim Lindenauer.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Spieler im Freien: Ab 18 Uhr auf dem Sportplatz Humboldtheim.

Verantwortlich für Politik: Victor Ehm, Wirtschaft: G. Ringelblum; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Freizeitsport: Herbert Lepore; Soziales und Sonstiges: Feig Karstadt, Auslagen: Th. Glöckler; sämtlich in Berlin. Bezugs: Fortwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärts-Verlag und Bezugsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 4. Hierzu 2 Beilagen.

Freiheitsschwur am Grabe Rathenaus.

Machtvoller Aufmarsch des Reichsbanners an der Grabstätte des Ermordeten.

Am 24. Juni 1924, zwei Jahre nach der Ermordung Walther Rathenaus, marschierte das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zum erstenmal in Berlin in geschlossenen Formationen auf. Der erste Aufmarsch der neu geschaffenen Schutztruppe der Republik ging hinaus an die Grabstätte des Mannes, der als Dank für seinen nationalen Befreiungskampf von verhetzten nationalistischen Mordbuben meuchlings aus dem Hinterhalt niedergeschlagen worden war. Gestern, da sich der Tag der Ermordung zum zehnten Male jährte, marschierten die Reichsbannerkameraden nach langer Zeit wieder in Bundeskleidung und in geschlossenen Formationen auf, und wieder ging es durch die gleichen Straßen hinaus zu dem stillen Friedhof, der Walther Rathenaus letzte Ruhestätte geworden ist.

Seit Bestehen des Reichsbanners hatten die Kameraden Jahr für Jahr das Andenken des meuchlings Ermordeten und aller derer, die nach ihm als Kämpfer für Freiheit und Menschenwürde gemeiner Mordbeute zum Opfer fielen, durch eine würdige Feier an der Grabstätte geehrt. Aber noch niemals hatten Kampfschlössigkeit und Freiheitswille den Aufmarsch so ihren wuchtigen Stempel aufgedrückt, wie wir es gestern erlebten. Und noch niemals war die Anteilnahme der Bevölkerung so stark wie gestern. Obwohl nur der Kreis Süden und die Ortsvereine Lichtenberg und Köpenick des Berliner Reichsbanners angetreten waren,

marschierten über 3000 Kameraden in eiserner Disziplin, in Reih und Glied. Sie wurden begleitet von einer vieltausendköpfigen Menge vom Bahnhof Schöneweide bis zum Friedhof. Weitere Tausende umsäumten die Anmarschstraßen.

Kein Nazi ließ sich blicken, und wo sie trotzdem dem Zuge begegneten, hatten sie sorgfältig Mäntel über ihre Notverordnungsjacken angelegt. Zum ersten Male hatten gestern auch durch Berliner Straßen die Freiheitsrufe der republikanischen Kämpfer. Das Demonstrationsverbot war für die Feier aufgehoben worden, aber den Musikkapellen war das Spielen nur bei der Trauerfeier selbst ge-

stattet worden. Trotzdem war der Zug schon von weitem hörbar, weil aus Tausenden von Kehlen die alten Freiheitslieder ertönten. Immer wieder wurden die Reichsbannerleute auf ihrem Wege von der Bevölkerung mit spontanen Freiheitsrufen begrüßt.

Die Trauerfeier auf dem Friedhof.

Auf dem Friedhof hatten die Reichsbannerkameraden und alle Mitmarschierenden auf der großen Wiese Aufstellung genommen.



Gedenkstein am Grabe Rathenaus in Oberschöneweide.

Als die Trauermusik ertönt, entblößen sich die Häupter. Dann schallt feierlicher Gesang über die weite Versammlung. Der 9. Bezirk des Deutschen Arbeiterfängerbundes singt die Hymne von Rebul. Dann spricht der stellvertretende Vorsitzende des Gaues Berlin des Reichsbanners Dr. Kowatz. Er weist darauf hin, daß noch niemals so viele Menschenmassen hier mit hinaus an die Grabstätte Walther Rathenaus gezogen seien, um mit den Kameraden vom Reichsbanner ein neues Bekenntnis zum Freiheitswillen abzulegen. Die Mordbeute, der Rathenau zum Opfer gefallen ist, fordert Tag für Tag neue Opfer. Im Zuge sind Reichsbannerkameraden mitmarschiert, die auf dem Wege nach Schöneweide in Reutöln von einer großen Uebermacht von Nationalsozialisten überfallen worden sind. Wir haben es nicht nötig, in den Toren der SA-Mordbeute zu verfallen, der den Straßenmord als ein Kampfmittel der inneren Politik ansieht. Wir sagen aber: Wenn wir auch mit dem Mundwerf nicht so schreien und drohen wie die nationalsozialistischen Mordbeute, es könnte die Stunde kommen, da wir ihre Drohungen ernst nehmen. Und dann Gnade ihnen. In dem Zimmer, in dem Walther Rathenau während des Krieges für das Deutschland, das er über alles liebte, wirkte, sitzt heute in der Hedemannstraße ein Mann, der die Nazimordbeute über Deutschland organisiert. Einer Mordbeute, die das Leben so vieler Kameraden gefordert hat, und um die wir in dieser Stunde mitrauern.

Aus den Gräbern der meuchlings Erschlagenen und Ermordeten löst uns der Ruf nach Freiheit entgegen.

Freiheit ist ihre Forderung an uns, Freunde, Kameraden! Wir geloben, die Verpflichtung, die uns unsere Toten auferlegt haben, bis zum letzten Mann getreulich zu erfüllen.

Dr. Kowatz schloß seine Rede mit dem Freiheitsruf, der, von allen tausendfach aufgenommen, als Gelöbnis und Mahnung zugleich über das weite Rund der Versammlung hallte. Ergriffen lauscht die Menge entblößten Hauptes dem Riede vom guten Kameraden, während die mit Trauerlöcher umwundenen Fahnen die Tote begrüßen. Damit hat die erhebende Feier ihr Ende erreicht, die Reichsbannerformationen gruppieren sich nun, um dann geschlossen bis zum Bahnhof Schöneweide zurückzumarschieren.

Bürgerkrieg im Kleinen.

Naziüberfall auf Reichsbanner. — Zwei Reichsbannerleute verletzt.

In den gestrigen Abendstunden spielten sich an verschiedenen Stellen der Stadt wieder politische Schlägereien ab. In den meisten Fällen waren Hakenkreuzler die Angreifer und auf ihr Blutkonto kommt erneut ein Kommunist, der an der Ecke der Spree- und Wallstraße in Charlottenburg niedergeschossen wurde. Fast zur gleichen Zeit überfielen am Kurfürstendamm zwischen Bahnhof Halensee und Joachim-Friedrich-Straße eine größere Schar, uniformierter Nationalsozialisten kleinere Trupps Reichsbannerleute, die aus dem Grunewald heimkehrten, wo sie das Rathenau-Totenmal aufgesucht hatten.

Die Reichsbannerleute wurden von nationalsozialistischen Radfahrern und SA-Leuten, die in Privatwagen herankamen, von allen Seiten umzingelt. Das Reichsbanner wehrte sich seiner Haut, bis mehrere Ueberfallkommandos eintrafen. Zwei Reichsbannerleute hatten Kopfverletzungen erlitten. Mehrere Festnahmen wurden vorgenommen. Später versuchten die braunen Begelegerer wieder zu provozieren, die Polizei verhinderte weitere Ausschreitungen.

An der Ecke Spree- und Wallstraße in Charlottenburg fielen Nazis und Kommunisten übereinander her. Von den Nationalsozialisten wurden gegen die kommunistischen Gegner mehrere Schüsse abgefeuert. Der 24jährige Kommunist Willi Schulz aus der Wallstraße brach mit einem schweren Schulterhieb bewußtlos zusammen. Er wurde zusammen mit einem 23 Jahre alten Nazi Werner Bath aus der Zehlendorfer Straße in Lichterfelde (1), der Verletzungen durch Schläge erlitten hatte, ins Westendkrankenhaus gebracht. Als die Polizei an der Kampfstätte eingriff, hatten die nationalsozialistischen Schützen bereits das Weiße gefucht.

Fünf Kommunisten wurden der Politischen Polizei übergeben. — Weitere Schlägereien entspannen sich in der Reinickendorfer Straße auf dem Wedding, in der Luisenstraße, in der Pestalozzistraße in Charlottenburg und in der Eisackstraße in Schöneberg. In einem Falle wurde ein Kommunist durch Messerstiche schwer verletzt. Es erfolgten zahlreiche Festnahmen.

Bei dem Naziüberfall am Kaiser-Friedrich-Platz in Reutöln, den Dr. Kowatz bei seiner Rede am Grabe Rathenaus erwähnte, ist der Kamerad Rudolf Schulz nicht gefährlich verletzt worden. Er marschierte trotz seiner Augenverletzung bis zum Schluß im Zuge mit. Der feige Ueberfall wurde am helllichten Tage auf einem der belebtesten Plätze ausgeführt. Gegen 46 Uhr befand sich Schulz auf seinem Rade auf der Fahrt nach seiner Wohnung. Er trug weder Reichsbanneruniform noch ein republikanisches Abzeichen. Plötzlich stellte sich ihm eine Horde von 40 bis 50 Naziburschen in den Weg, und mit dem Ruf: „Das ist auch einer von der Mordkommune“ wurde er brutal niedergeschlagen. Nur dem Umstand, daß Zivilleute und Schuppolizeibeamte schnell herbeieilten, ist es zu danken, daß Schlimmstes verhütet wurde. Die

Auch in der Schule wird der Kampf gegen die Reaktion geführt, darum werben und stimmen alle Eltern am 26. Juni bei den Elternbeiratswahlen für die Liste „Schulaufbau“

Polizei nahm mehrere der Burschen fest, darunter einen Hans Kohlmann, der vor noch nicht langer Zeit als kommunistischer Begelegerer in Reutöln bekannt war.

Nationaler Kulturbolschewismus.

Raziterror in der Technischen Hochschule.

An der Berliner Technischen Hochschule ist es gestern zu schweren nationalsozialistischen Terrorakten gekommen. Bereits morgens wurde ein nicht gezeichnetes, scheinbar „antifaschistisches“ Flugblatt mit plumpen Angriffen gegen die Hochschulverwaltung von Nazistudenten zur Stimmungsmache heimlich herumgereicht; dieses Flugblatt, das man den linken Studenten unterzuschleiben versuchte, stellte zweifellos eine nationalsozialistische Provokation dar und eine bewußte, vorbereitete Fälschung! Als sich in einer Mittagspause die republikanischen Studenten in üblicher Weise im Lichthof versammelten und mit ihrem traditionellen Gruß „Linksfront“ nach der Pause wieder auf dem Wege in die Hörsäle befanden, wurde plötzlich aus dem Terrassengang des dritten Stockwerks eine Kasete in die Tiefe geworfen, die mit lautem Getöse bei den republikanischen Studenten niederfiel. Zu gleicher Zeit drängten mit wildem Geheul von allen Seiten Nazistudenten in den Lichthof und schlugen planmäßig auf die auseinander gehenden republikanischen Studenten ein, die sie zum Teil in feiger Uebermacht auf die Straße drängten. Die ganze Aktion war vorbereitet. Dafür spricht außer dem gefälschten Flugblatt vor allem die freche Lüge der „zufällig“ in Massen anwesenden Nazistudenten gegenüber dem Rektor, daß die Kasete von den Republikanern selbst geworfen sei und sie nur die Ordnung hätten wiederherstellen wollen! Dabei ist durch unparteiische Zeugenaussage eines ausländischen Studenten, der dem Rektor sofort seinen Augenzeugenbericht gab, ein Hakenkreuzler als der Kasetenwerfer erkannt. Er dürfte sehr schnell ermittelt werden, falls die Hochschulverwaltung nur ernstlich an der Aufklärung des Raziterrors interessiert ist. Der Rektor, Professor Tübken, hat



Wir stellen unter Beweis,

daß „Juno“ den vollen Tabakwert enthält.

Das können wir,

weil unserer

JUNO

keine Wertmarken, Gutscheine oder Stickerien beigegeben werden.

So handeln wir in Ihrem und unserem Interesse, und gerade darum stehen

Millionen Raucher treu zu ihrer „Juno“.



sch jedoch nach den Standarden vorfallen bei den Nazis für ihr „Eingreifen“ bedankt!

Der Rektor hat, wie uns mitgeteilt wird, nach den Krawallen die republikanischen Studentenfürher zur sachlichen Information nicht empfangen, mit der Begründung, daß er keine Zeit habe, weil er sofort zum deutschen Kronprinzen fahren müsse! Derselbe Rektor hat u. a. den Nazistudenten die Hörsäle zu Diskussionsversammlungen zur Verfügung gestellt, sie den republikanischen Studenten aber verweigert. Er hat gebuddelt, daß die Nazistudenten bei ihren Stehkonventionen prookatorische Reden gegen „marxistische Ro-

nemernverbrecher“ hielten und mit „Heil Hitler!“ auselandergingen, während er den Linksfront-Ordnung als eine die Ordnung störende Provokation bezeichnet hat! Rektor Lübben hat ab 1. Juli d. J. in der Hochschule sogenannte „Zwecksporturte“ angelegt, die von den Nazistudenten als willkommenes Bürgerkriegstraining begrüßt werden; im Rahmen dieses „Zwecksports“, den Rektor Lübben aus unbekannten Mitteln finanziert, wird ab 8. Juli unter Kofsbachs, des Vorkämpfers, Leitung in Gasfuß geübt!

Ist es ein Wunder, wenn Standardis Vorfälle der geschilderten Art unter diesen Umständen für die nationalsozialistischen Urheber straflos verlaufen?

bringen, Ihre Bereitwilligkeit zur Hilfeleistung auszusprechen. Sie wolle diese Hilfe nicht nur geben durch einen erhöhten Zuschuß zu den kommunalen Fürsorgeeinrichtungen und durch Ausweitung der gemeindlichen Steuereinnahmen, sondern (unter dem Einfluß unserer politischen Freunde im Reich) durch Verlegung einer Prämienanleihe, durch Einleitung einer bauernfreundlichen Siedlungspolitik und durch Erschließung neuer Arbeitsmöglichkeiten. Diese Arbeitsmöglichkeiten hätten den wachsenden Zustrom zu den Arbeitsämtern endlich vermindern und einem großen Heer von Erwerbslosen neue Beschäftigung schaffen können. Die Regierung Brüning hatte die unläßbare Verknüpfung Deutschlands mit dem Weltmarkt erkannt. Der Wille zur Abwehr der wirtschaftszerstörenden Tendenzen zur Autarkie, zur Abwehr aller Versuche einer Währungsgefährdung war festzustellen. Der Sturz des Kabinetts Brüning hat diese Hilfe für die Gemeinden zunächst zeitlich verhängnisvoll verzögert. Gleichzeitig sind auch durch die Auflösung des Reichstags und die eingeleitete politische und wirtschaftliche Entwicklung, die eine Rückentwicklung ist, neue schwere Störungen hervorgerufen und die Arbeitslosigkeit erneut gestiegen worden. Dazu kommt, daß nach den Erklärungen des Kammerers die Summen, die die Stadt Berlin jetzt erhalten soll, wesentlich hinter den berechtigten Forderungen und Erwartungen der Stadt zurückbleiben, so daß eine Sanierung des Gemeindehaushalts auf dieser Grundlage nicht möglich ist. Noch schlimmer aber ist es, daß durch die unverantwortliche lebensnordnische Kürzung der Unterstützung in der Arbeitslosen- und Krisenfürsorge, durch die Abzüge von den Sozialrenten und durch die zahlreichen übrigen Bestimmungen auf fürsorgereichen Gebiete der Stadt unübersehbare neue Lasten auferlegt und eine Verwaltungsarbeit zugemutet worden ist, der die Organisation der städtischen Fürsorge zur Zeit nicht gewachsen sein kann und durch die in der Zeit höchster Not die Qualität der fürsorgereichen Arbeit unerträglich leiden muß. Für alle diese unsozialen, die Lebensinteressen hunderttausender Einwohner der Stadt in der unerhörtesten Weise beeinträchtigenden Maßnahmen tragen die Reichsregierung und die hinter ihr stehenden Parteien, die Nationalsozialisten und Deutsche Nationalen, die volle, nicht abwägbare Verantwortung. Wir werden in den nächsten Wochen dafür sorgen, daß die Berliner Bevölkerung diese Zusammenhänge auf das genaueste kennenlernt und am 31. Juli diesen Feindes des „Wohlfahrtsstaates“, die für Subventionen an ihre eigenen Freunde sehr empfänglich sind, die Quittung erteilt. Vom Oberbürgermeister, vom Magistrat aber fordern und erwarten wir, daß alle Kräfte der Stadt angespannt werden, um trotz der verheerenden Wirkungen der Rotverordnung der Regierung Papen die Fortführung der städtischen Wohlfahrtspflege mindestens auf der bisherigen Grundlage sicherzustellen, und daß alle Verpflichtungen der Stadt zurückgestellt werden hinter die eine Pflicht:

Hilfe zu gewähren den arbeitslos, krank und gebrechlich Gewordenen.

(Beifolger Beifall bei den Sozialdemokraten.) In der fortgesetzten Debatte (sprachen dann gestern noch die Stadtd. Wisnewski (Komm.), v. Jedin (Dnat.), Künzler (D.Vp.), Schubert (Staatsp.) und Lippert (Naz.).

Stadthaushalt vorläufig geregelt.

Beratung im Rathaus. — Mehrheit für Verlagerung bis zum Herbst.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung machte gestern Stadtkämmerer Kof (Soz.) anlässlich der Beratungen über den Stadthaushalt sehr beachtenswerte Ausführungen über die

Auswirkungen der letzten Notverordnung der neuen Reichsregierung auf die städtische Haushaltswirtschaft.

Obwohl im Augenblick eine vollständige Uebersicht noch nicht möglich ist, führte der Kämmerer aus, so sei aber mit aller Bestimmtheit festzustellen, daß die Kürzungen aller Renten die Stadt auf das schwerste beim Wohlfahrtsetat neu belasten. Abgesehen davon, daß die Zahlen, die das Reich bei der Festsetzung der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger hinsichtlich der Zahl und der Mittel angelegt hat, zu niedrig sind, so sind die Zuweisungen an die Stadt völlig unzureichend. Durch die Kürzungen der Sozial-, Unfall-, der Kriegsbeschädigten- und der Waisenrenten werden viele Empfänger solcher Renten, die sich bisher, wenn auch notdürftig, mit diesen Renten am Leben erhielten, zu Wohlfahrtsunterstützungsempfängern. Sie fallen also der Stadt zur Last, d. h. sie bringen neue Belastungen. Neue Belastungen ergeben sich auch aus der Kürzung der Hauszinssteuererlasse (die die preussische Regierung bekanntlich einführen mußte, weil die neue Reichsregierung Hilfe zur Balancierung des preussischen Staats nicht gewährte!). Nicht nur direkte finanzielle Belastungen werden neu aufzutreten; eine Vergrößerung des bestehenden Fürsorgebeamtensystems und der Aufbau eines neuen kommen dazu. Der Kämmerer schloß seine aufsehenerregenden Mitteilungen mit der Feststellung, daß unter solchen Umständen wohl niemand an eine Entlastung des städtischen Staats durch Reichszuschüsse glaube. Er bat, die endgültige Verabschiedung des Etats bis zum Herbst zu vertagen und bis dahin dem Magistrat Vollmacht zu parlamentarischer Wirtschaft zu geben.

In der Reihe der nun zu Wort kommenden Redner sprach als erster

Stadtv. Flatow (Soz.),

der folgende Erklärung abgab:

Die sozialdemokratische Fraktion stimmt der Vorlage des Oberbürgermeisters zu, die Haushaltsberatungen zu unterbrechen und den Magistrat zur Geschäftsführung im Rahmen des unterbreiteten Haushaltsplans und der in der 2. Beratung des Haushaltsausschusses gefassten Beschlüsse zu ermächtigen. Sie wird alle Anträge ablehnen, die eine Veränderung der jetzt gefundenen vorläufigen Grundlage bedeuten und die für den Herbst zu erwartende endgültige Gestaltung des Haushalts beeinträchtigen würden. Die Beratungen des Haushaltsausschusses haben erneut gezeigt, daß die städtische Verwaltung in ihren Einschränkungs- und Sparmaßnahmen auf vielen Gebieten bis an die äußerste Grenze des überhaupt noch Erträglichen gegangen ist. Bei wichtigen, für das Wohl der Bevölkerung, vor allem der arbeitenden Schichten, besonders bedeutsamen Aufgaben ist diese Grenze leider bereits allzuweit überschritten worden. Unter dem Druck der Haushalts- und Kassenlage sind zahlreiche Haushaltspositionen erheblich gekürzt, andere nicht erhöht worden, obgleich die Zunahme der Not des Volkes dies verlangt hätte. Die sozialdemo-

kratische Fraktion hat in einer Reihe von besonders wichtigen Fällen Anträge auf Erhöhung der Ausgabenanlässe gestellt. Fast alle haben die Zustimmung des Ausschusses in zweiter Beratung gefunden. Wir erwarten, daß auch der Magistrat ihnen beitreten wird. Die Sorge der sozialdemokratischen Fraktion galt und gilt in erster Linie

der Sicherstellung der notwendigen Lebensbedürfnisse für die große Masse der Hilfsbedürftigen,

vor allem der 300 000 Wohlfahrtserwerbslosen, die in diesem Jahre von der Stadt Berlin nach den Angaben des Kammerers betreut werden müssen. Die sozialdemokratische Fraktion hat es als ihre wichtigste Pflicht angesehen, auch unter teilweiser Zurückstellung der ihr notwendig erscheinenden Forderungen auf anderen Gebieten, die finanziellen Kräfte der Stadt auf die eine gewaltige Aufgabe zu konzentrieren: die Auszahlung der Wohlfahrtsunterstützungen unter allen Umständen und mit jedem Opfer sicherzustellen. Als der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung den Haushaltsplan vorlegte, wurde mit einem Fehlbetrag von 113 Millionen Mark gerechnet, einem Defizit, dessen ausschließliche Ursache in der ständig zunehmenden Zahl der Arbeitslosen und ihren berechtigten Anforderungen an die Stadtkasse liegt. Für dieses Defizit hatte der Magistrat wie die Gesamtheit aller deutschen Städte die Hilfe des Reiches gefordert. Es ist unmöglich, daß die Gemeinden die Lasten der Weltwirtschaftskrise und der Erwerbslosigkeit tragen, wenn man ihnen gleichzeitig die finanziellen Mittel verweigert, die zur Bewältigung dieser Aufgabe erforderlich sind. Es war dem Drängen der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften endlich gelungen, die Regierung Brüning dazu zu

Auf ins Grunewald-Stadion!

Der Arbeiter-Turn- und Sport-Bund veranstaltet gemeinsam mit den Organisationen der „Eisernen Front“ am 26. Juni im Grunewald-Stadion den diesjährigen Reichsarbeiter-Sporttag. Der Beginn der offiziellen Veranstaltung setzt ein mit einem

Aufmarsch der „Eisernen Front“

Im Anschluß daran finden die sportlichen Darbietungen, Messengymnastik, Leichtathletik, Schworathletik, Artistik, Radrennen, Turnen, Radfahren, statt. Um 18.30 Uhr Festspiel aller Jugendgruppen der „Eisernen Front“ unter Leitung von Martin Gleisner. Die Ansprache hält der

Reichstagspräsident Paul Löbe

Eintrittskarten zum Preise von 50 Pf. für Erwachsene und 30 Pf. für Jugendliche und Erwerbslose sind in der Buchhandlung Dietz, Lindenstraße 2, im Bildungssekretariat der SPD., SW 68, Lindenstraße 3, im Gewerkschaftshaus, SO 16, Engelufer 24/25, im Gaubüro des Reichsbanners, Sebastianstraße 34, und an der Kasse des Stadions zu erhalten.



San Hus. Der Letzte Tag

Das gespenstische Geheul klopft selbst die härtesten Gewissen wach. An Schlaf ist nicht mehr zu denken. Haben sich die Porten der Hölle aufgetan? Geht Satan heulend durch die Stadt am See und sucht, wen er verschlinge? Wer weiß, ob das nicht eines von Gottes fürchterlichen Zeichen ist? Vorbote des Strafgerichts über die im Schlamm des Weltlebens sich wühlenden Sünder? Ein Bangen faßt die Menschen mit würgenden Händen an. Angst springt auf, das Zittern der geängstigten Kreatur; die Seele hebt und windet sich. Es gibt keine andere Rettung wider den Bösen als Gottes unendliche Gnade und den heiligen Christ! Beugt euch, ihr Herzen! Lasset uns beten!

Fünftausend Hunde heulen in Konstanz, der Konziliumsstadt.

Ein Mensch tappt durch die Nacht, das Geheule der Hunde wie eine Schleppe hinter sich herziehend. Der Henker ist's.

Der Henker des Hus.

16. „Steh auf, Magister, steh auf! Du brauchst mich nicht so erschreckt anzusehen! Ich tu dir nichts, ich bestimme nicht! Ich bin schon froh, wenn man mir nichts tut! Wie ich hier hineingekommen bin, möchtest du wissen? Durch die dreifache Absperrung? Das ist eine Sache für sich, eine feine Sache! Doch darüber läßt ich nachher noch sprechen. Erst müssen wir die Kette hier los sein, hörst du, die Kette! Jude doch nicht! Nein, wirklich, ich tu dir nichts! Nur stillhalten sollst du, sonst finde ich den Schlüssel nicht, der in das Schloss der Handkette paßt. Schwer, so ein Ding, was? Und reichlich un bequem! Du hast ja blaue und rote Streifen! Immerhin, im Vergleich zum Dominikanerkloster, geht das noch. Dort, wo sie dich zuerst eingesperrt hatten, war's noch schlimmer, was? Ich vergesse den Tag mein Lebenlang nicht mehr, als sie dich dort rauschleppten. Da warst du kein Mensch mehr, Magister! Nein, ein Gespenst warst du! Rote, tiefende, entzündete Augen, wie bei meiner Frau Anna, wenn sie wochen-

lang in den Küchenrauch schaut. Das Gesicht schief gezogen vom Zahnweh und verschwollen, als hättest du Mumps oder Ziegenpeter. Schöner Ziegenpeter das, wenn die Kiefer eitem und die Zähne ausfallen, weil's wochenlang nichts anderes zu fressen gibt als die halbverfaulten Mönchsuppen, die dem Speisemeister selbst für die Sautränke zu schlecht sind! Viellecht paßt dir da, zeig mal! Nein, eine Idee kleiner! Und dann, Magister, wie sahst du damals aus! Wie aus einem Ehrgraben gezogen, so dreckig! Deine Nägel waren gar keine Nägel mehr, sondern zu Krallen geworden, weil du nicht mehr imstande gewesen warst, sie ordentlich abzunagen. Der Bart war dir gewachsen wie bei einem Kapuziner, doch ärger als bei einem solchen wimmelte er von Läusen. Dein Gewand war verfault und verschimmelt. Wo man es ansah, brach es auseinander wie mürber Zunder. Das Fieber schüttelte dich und du hattest Mühe, dich die paar Schritte auf den Beinen zu halten. Kein Wunder, daß du heute niemanden mehr kennst, der bei jenem Ausritt mit dabei war. Jetzt siehst du besser aus. Weiß Gott, immer noch recht schmal und bleich und das Gesicht vom Nachtwachen zerfressen. Aber, paß auf, sobald du erst mal ein paar Tage an der frischen Luft bist, wird sich alles beheben! Ja, der geht, das ist der richtige! So, nun red dich und streck dich und reib das Gesicht, damit wieder ordentlich Blut hineinkommt! Ja, ich weiß, es tut meineidisch weh, verzieh nur das Gesicht! Aber was tut nicht weh in diesen Zeitläuften? Sei froh, daß der Schmerz an einer Stelle sitzt, an die du rantammst! So, nun räum' mal alles zusammen, was mit soll! Nicht zuviel! Die Schwärze hier mußt du zurücklassen. Nein, wir können uns nicht die halbe Welt ausladen, wenn's auch zehnmal Gottes Wort ist! Gut, die Briefe können mit. Aber sonst, laß liegen, was liegt! Je weniger wir mit haben, um so besser werden wir laufen können, falls Not an den Mann kommt! Was, du willst nicht? Menschenstink, mach Spaß! Du willst hier sitzenbleiben? Du willst dich selber auf die Scheiter haufen?! Ich leuch mir die Lungen aus, ich kloppe mir das Hirn nach einer gangbaren Möglichkeit ab, ich trage meine eigene Haut zu Warkie, und jetzt, wo alles geschafft ist, wo du nur einen Schritt zu tun brauchst, um in Freiheit zu sein, jetzt hochst du, jetzt winselst du zurück nach der Kette? Jetzt auf einmal willst du nicht?! So, du weißt nicht, wer ich bin? Hab ich denn meinen Namen nicht gesagt, als ich die Zellentüre aufschloß? Jagula heiß ich, Jagg Jagula. Kannst du mit diesem schönen Namen was anfangen? Doch schau mich mal gründlich an, Magister! Ich trag zwar keinen Bart mehr, aber als ich ihn noch hatte, da war ich der

Mann, der dir in deinem Gefängnis bei den Predigermönchen Linte, Feder und Pergament zuschob, damit du deinen Landsleuten schreiben konntest. Da war ich der Mann, der deine Wächter und ihre Frauen öfte. Da war ich der Mann, der die Briefe an Herrn Peter besorgte und umgekehrt. Leider hatte das Geschäft ein Ende, als Seine allerhöchste Heiligkeit mit dem Herrn mit der leeren Tasche und mit Ritter Mollé nach Schaffhausen ausrückte. Damals wurden die Schlüssel deines Gewahrsams von den Dienern des Papstes dem Bischof von Konstanz und von diesem später dem von Riga übergeben. Der hatte seine Letztänder mit. Steife Hunde das, an die unjereins nicht heran kann, weil man diese gefrorene Froschsprache nicht versteht! Geld allein tut's bei diesen Knechten des Stumpfsinns nicht; die können ja keine Kirche von einer Melone unterscheiden, geschweige denn einen Diapennig von einem Blaffert. Wenn es bei ihnen halbwegs leben soll, muß man sie mit Wortlast einpinseln. Gottlob, den hab ich, den hab ich! Aha, ich sehe an deinen Augsfalten, Magister, du erkennst mich wieder. Du bist verständig, du wirst mir ein langes Gefolge ersparen! Wer mich schickt? Deine Freunde schicken mich, niemand anders. Wenn du's noch genauer wissen willst: dein Herr Peter schickt mich, der Notar. Eine treue Seele das, ganz unschreibbarlich, darfst mir glauben! Also komm! Wir haben von hier aus keine vierhundert Schritte zu laufen. Was nachher gespielt werden soll? Tut mir leid, ich bin im einzelnen nicht unterrichtet. Ich hab dich lediglich an einen Einauge abzugeben, an einen von der böhmischen Ritterkacht mit schwarzer Stirnbinde. Treffpunkt beim geistlichen Klaghause, ganz in der Nähe des brochenen Tors. Nein, die Kerze laß brennen! Es kann hier gar nicht hell genug sein, wenn du fort bist, Magister! So, sitz dich ruhig auf meinen Arm, falls dir das Laufen die ersten Schritte schwer fällt. Ich habe schon andere dran hängen gehabt, glaub mir; freilich, noch keinen zog ich dem Tode so nah aus den Krallen. Hörst du, was die verdammten Hunde draußen von neuem Aufruhr machen?! Es ist nicht mit den Menschen genug, daß die Gottes Schöpfung wie Verrücktgewordene durchheulen, jetzt fängt auch noch die unvernünftige Viehschaft an und jodelt Widerspruch und Empörung. Ja, wir leben in lauberen Tagen! Es muß doch noch etwas anderes da sein, was den Himmel hält, als nur allein unsere Tüchtigkeit und unser Glaube, sonst wäre er uns bestimmt schon mit voller Himmelswucht auf den Schädel gefallen! Hierher, Magister, hierher!

(Fortsetzung folgt.)

Die Seele der Pflanze

Wo steht die Forschung heute? / Von Georg Grau

Abseits vom grauen, bedrückenden Alltag und abseits von anderen sensationellen Forschungsergebnissen hat man etwas sehr Zartes, Reizvolles entdeckt: die Seele der Pflanze. Das mag für unser Ohr, abgestumpft von einer harten Wirklichkeit, zu lyrisch klingen, unglaublich oder phantastisch, aber es war nüchterne Laboratoriumsarbeit, die uns diese Wunder erschloß.

War nicht unser Verhältnis zu den Pflanzen immer etwas widerspruchsvoll? Wir freuen uns zwar ihrer duftenden und blühenden Schönheit, aber als sogenannte lebende Wesen haben wir sie nie ganz ernst genommen. In einem Botanikbuch, das noch keine 30 Jahre alt ist, heißt es lakonisch: „Pflanzen sind lebende Wesen ohne Empfindung“. Eine unbegreifliche Vorstellung! Gibt es Leben ohne Empfindung? Während die Botanik noch in öder Systematik verharret und man die Pflanze als nützlich-fütteres oder hübsches Gefäß betrachtet, wurde bereits August Strindberg, der tiefer in die Natur sah als mancher Junggelehrter, zu der Frage gedrängt: „Wo haben die Pflanzen ihre Nerven? (Sylva Sylvarum).“

Heute sind diese Dinge nicht mehr „dichterische Phantasie“, sondern eine Frage realer Forschung. Die verblüffenden Experimente des Anders Bosc eröffneten die Rehabilitierung der vegetabilen Welt. Und immer mehr drängt sich die Überzeugung auf, daß der Unterschied zwischen Tier und Pflanze nicht in dem Maße besteht, wie man früher annahm. Von diesen letzten, überraschenden Forschungsergebnissen soll hier in gedrängter Form einiges erzählt werden.

Prof. Bancroft von der Cornell-Universität zeigt uns eine berauschende Pflanze. Er veranstaltete mit einer besonders empfindlichen Mimosenart einen kleinen Frühkochen, und das Pflänzchen benahm sich genau so wie ein berauschter Mensch. Nach Einführung von Alkohol standen die Blätter zunächst aufrecht als sonst. Die Mimose muß sich in recht optimistischer Stimmung gefühlt haben wie etwa ein Zecher nach seinem ersten Glas. Aber bald folgte das nächste Stadium: die Bewegungen wurden tastend und unsicher. Nachdem sich die Blätter, hingewandt und müde hinab: Fräulein Mimose schloß ihren Rausch aus.

Auch als man der Pflanze Aether zuführte, trat die uns bekannte Reaktion ein. Sie war wie narkotisiert und zeigte nach dem Erwachen die typischen Nachwehen des Aetherrausches. Diese Experimente lassen sich nicht mit den üblichen Theorien vom Saftstrom erklären. Die Pflanze muß eine Art Nervensystem besitzen, sensible und motorische Nerven, ja, vielleicht auch ein gehirnartiges Zentrum, von wo das Schicksal reguliert wird. Sie muß muskelähnliche Gewebe in ihrem zarten Gefüge tragen, um ihre Blätter wie einen Fächer auf- und zuklappen, um Insekten festhalten zu können oder sich an Mauern entlang zu tasten.

Auch auf elektrische Schwingungen reagieren Pflanzen mit großer Empfindlichkeit. Ihre Reizschwelle liegt sehr tief. Bly, Radiowellen oder an der Sonne vorbeiziehende Wolken werden wahrgenommen und registriert. Wie Froschschenkel, deren Muskeln sich bei einem Stromstoß zusammenziehen, verhält sich auch die Pflanze. Wenn man sie mit einer metallenen Kugel, die mit einem Elektrotop verbunden ist, berührt, so erhält man eine ähnliche Erregungskurve wie bei Tieren, bei denen man ein Nervenzentrum reizt. Elektrische Reaktionen ohne ein Nervensystem sind aber nicht denkbar!

Bancroft, ein Spezialist der modernen Kolloidchemie, glaubt, daß diese Vorgänge eine ähnliche Grundlage besitzen wie im tierischen Organismus. Sein Leitgedanke ist, daß Pflanzen und Tiere, besonders in ihrer Nervenstruktur, Kolloide enthalten, jene leimartigen Substanzen im Protoplasma, die sehr empfindlich gegen Schocks und ähnliche Einwirkungen sind. Auch bei Pflanzen verändert sich die Kolloidstruktur genau wie bei Tieren, und wenn eine Tulpe berauscht ist, „verlocken“ sich die Kolloide in ihr auf die gleiche Art wie im Gehirn eines Menschen, der über den Durst getrunken hat: die Leitfähigkeit der Nerven ist gestört.

Bemerkenswert sind die Feststellungen von Prof. Wagner (Ansbruch) über die Atmung höherer Pflanzen. Sie besitzen „Spaltöffnungen“ auf der Blattoberfläche, die nach dem Wasserdampfgehalt der Luft reguliert werden können und dem Austausch von Kohlenstoff und Sauerstoff dienen. Diese „Lungenbläschen“ sind

äußerst dicht angeordnet, in manchen Fällen bis über 700 auf einen Quadratmillimeter Blattfläche.

Von „pflanzlichen Wärmestuben“ erzählt Cornell Schmitt im „Kosmos“. Wenn man ein Thermometer in den Blütenkelch einer Sonnenblume versenkt, so findet man dort eine um etwa fünf Grad höhere Temperatur als in der umgebenden Luft. Diese Wärme, die durch die Atmung der Pflanze entsteht, dient vielleicht der Anlockung von Insekten, kann aber auch eine zwangsläufige Erscheinung im vegetabilen Chemismus sein — ohne besondere Hintergründe.

Die Lichtreaktionen der Pflanzen, auch Heliotropismus genannt, wurden neuerdings von Dr. Johnston in Washington eingehend untersucht. Auch dieser „Lichtsehnsucht“ liegt eine gewisse Nerventätigkeit zugrunde, die ihren Sitz in den äußersten Spitzen der die Knospen umhüllenden Blätter hat. Es wurde festgestellt, daß der erste Millimeter der äußersten Blattspitze 160 mal so empfindlich wie der zweite und 1800 mal wie der dritte ist. Man schnitt diese Spitzen ab, und die Pflanze machte den Eindruck, als wäre sie ihres Augenlichtes beraubt worden: ihre Halme wuchsen nicht mehr dem Lichte zu wie vorher. Man experimentierte auch mit verschiedenen Farben, um die Wellenlänge im Spektrum zu ermitteln, die von der Pflanze bevorzugt wird, und fand, daß ihre große Sehnsucht Blau ist.

Häufig seltsam benehmen sich Pflanzen bei Gasvergiftungen. Ein blühender Rosenstrauch unter eine mit Gas gefüllte Glocke gebracht, welkt sofort und läßt bald seine Blätter fallen. Besonders empfindlich ist die Tomate, deren Blätter schon zusammenklappen, wenn in der Luft die geringste Spur von Gas enthalten ist. Man beobachtet daher, die Tomate als „Gasriecher“ in Bergwerken oder Unterseebooten zu benutzen, da sie noch sensibler ist als die Kanarienvögel, die man bisher zu diesem Zweck gebrauchte.

Bartholomäus Romund:

Endlich! Ein englischer Regierungsbeamter, ein ruhiger stationierter Afrikaner, gibt seine langjährigen Erfahrungen mit diesen wild hereinredenden, rubeulösen Afrikaforschern zum besten...

Jahraus, jahrein hatte der gute Afrikaner das zweifelhaftes Vergnügen, für die Sicherheit dieser männlichen und weiblichen Reisewüstlinge sorgen zu müssen, sie mit dem notwendigen Reiseequivalent zu versehen, das sie niemals mitbringen, sie als Ehren Gäste zu bewirten und ihren unmaßgebenden Meinungen zu lauschen, sie den eingeborenen Häuptlingen und Emiren vorzustellen, die sie ansetzen, sie zu bemuttern, wenn sie sich durch ihre Unvorsichtigkeit Krankheiten zuziehen... und für ihr Benehmen und ihre Berichte zu erröten. Er weiß, er weiß...

Da bemundern wir Ofenhoder also den Wagemut der einsam (wie wir denken) die Wildnis durchstreifenden Abenteurer; und nun hört man, daß niemals so ein Afrikaner, „forscher“ allein reist, nicht für einen einzigen Tag oder eine einzige Nacht, außer wenn er eine internationale Grenze passiert: Da wird er wie ein Einschreibepaket für sorglich von Hand zu Hand gereicht, das heißt von einer Regierung der anderen übergeben. Die Regierung des Landes, in dem sich der tapfer unherzige „Forscher“ befindet, läßt ihn immer und überall von einem eingeborenen Interpreten begleiten, der wird ihm gratis aufgedrängt, damit der Mann kein Unheil stiftet, eventuell verläßt sogar ein weißer Beamter seinen Posten und führt den Forscher auf „Forschungsreisen“ herum, damit nur ja alles glatt vonstatten geht.

Das hat natürlich seine guten Gründe. Afrika ist gerade so notwendig zur Ruhe gekommen, zwischen den P. L. Großmächten aufgeteilt, es wird dort friedlich geherrscht, und jede Nacht wünscht ungehindert ihre Steuern einzuziehen, und die Früchte ihrer kriegerischen Bemühungen zu ernten. Natürlich läßt sich, ganz gleich, ob Weiß oder Schwarz, niemand gerne besteuern; es kommt daher gelegentlich zu Gehoramsverweigerungen und Gewalttätigkeiten gegen Steuereinzahler: Da Strafexpeditionen für heutige Verhältnisse viel zu teuer kommen, verfährt man nach einem raffiniert ausgedachten

Dr. Crocker von dem bekannten Boyce Thompson Institut, der diese Versuche leitete, machte die seltsame Feststellung, daß die Pflanzen nicht in jeder Lage gleich empfindlich sind. Auf den Kopf oder seitlich gestellt, vertragen sie doppelt soviel Gas wie aufrecht, bevor sie welken. In der Pflanze muß also eine Art Schwermechanismus wirken, der je nach Lage der Zellenstruktur die Gasaufnahme oder -empfindlichkeit beeinflusst. Näheres über dieses Phänomen weiß man noch nicht.

Die Wand, die wir bisher zwischen Tier und Pflanze errichteten, entpuppt sich heute als wissenschaftliches Vorurteil. Beobachten wir eine fressende Amöbe, eine auf Beute lauende Seecole, ja, irgendeiner der niederen Tiere bei der Nahrungsaufnahme, so ist es auch nichts anderes als bei einer fleischfressenden Pflanze. Diese besitzt Härchen oder Fühler, die bei der leisesten Berührung mit dem Opfer wie echte sensible Nerven reagieren. Sie telegraphieren den motorischen Nerven: schließt die Muskeln, eine fetter Fliege ist da! Und schon kloppen die Tore zu. Der Bissen wird dann mittels einer Flüssigkeit verdaut, die den Verdauungssäften tierischer Mägen recht ähnlich ist. Unser Vorurteil gegen die Pflanze beruht wohl hauptsächlich auf ihrer Unbeweglichkeit. „Aber wenn wirklich die Fähigkeit, den Platz zu wechseln, eine höhere Existenz bedeutete, müßte man Vögel und Insekten für außerordentlich begabt halten und die Zoosporen der Alge auf eine höhere Stufe stellen als die Orchideen.“ Das sagte Strindberg, und mit diesem Einwurf hat er gewiß recht.

Auch Pflanzen leben, empfinden, fühlen. Vielleicht tragen sie auch ein schlagendes Herz in ihrem schlanken Leib, wie Bosc behauptet. Er will durch millionenfache Vergrößerung diese Herzschräge sichtbar gemacht haben. Wie märchenhaft ist diese Vorstellung: in jeder duftenden Blüte schlägt ein winziges Herz! Festgestellt wurde auch, daß die Pflanzen wie alle lebenden Wesen nicht gleichmäßig, sondern in Schüben wachsen, daß sie rhythmisch pulsierend an Größe zunehmen. Die Prinzipien des Lebens sind eben überall die gleichen: alles in der Natur sind nur Variationen eines einzigen Grundthemas!

pelten und Sonden den feinsten Verästelungen ihrer Nervenstränge und Blutbahnen nach. Immer schmerzlicher, immer zwingender überzeugen die Bilder und Formulierungen dieses Schriftstellers, der mit eisernem Intellekt den morbiden Organismus unserer Zeit lezert.

Ist bei Dos Passos das Gefühl bewußt verbannt? Längst gilt es nicht mehr, die Herzen, sondern den Verstand zu rühren, wie Ernst Glaeser gesagt hat. Dos Passos bleibt Herr und Meister, auch wenn Lava kocht und brodeln, wenn Gesteinstrümmen vulkanischer Eruptionen durch die Luft wirbeln, wenn die alte Welt in Trümmer bröckelt und ihre moralischen Anschauungen und Sittengesetze, die Klassen ihrer Gesellschaft und ihre wirtschaftliche Produktion, gegeneinanderprallen mit der Wucht freierender Geschosse. Hart und mitleidslos dreht der Autor seine wildbewegte Schau mit allen ihren Widersprüchen am Auge des Lesers vorüber. Nichts bleibt dem unerbittlich wachen Kamera-Auge dieses Buches verborgen, unermüdlich läßt die Welt-Wochenschau Bild um Bild in irrem Taumel vorbeiziehen, durcheinanderrollen: Zwei Kontinente, die auf Abbruch zu verfallen sind, wenn nicht die Arbeiterklasse bald zum Neubau schreitet.

Dieser Schriftsteller ist kein Lieferant von buntgefärbten und schön garnierten Unterhaltungswaren. Seine geistige Potenz stellt erhebliche Ansprüche an sein Publikum. Reugieriger seien gewarnt! Aber wer seine Zeit nicht nur mitleben, sondern erfassen will, wer vom Dichter eine Verdichtung erwartet, der lese diese Apokalypse von heute, in der alle Wunden zweier Kontinente, Amerikas und Europas, so weit aufklaffen, daß sie mit keinem sanftmütigen Pflaster mehr zu verkleben sind.

Uns sind diese Posten auf den Buckel gepackt. Wir essen und trinken tagtäglich die Bitternisse einer nur vom Profit bestimmten Gesellschaft, einer Ordnung, die längst keine mehr ist. Wir brauchen Ankläger, Rufer, Verkünder wie Dos Passos, soll zwischen den Trümmern neues Leben ans Licht steigen. Für den Roman von gestern gibt es keinen gesellschaftlichen Standort mehr. In der Zeit der Auflösung des Zerfalls, der Reorientierung muß der Romanier Gesellschaftskritiker werden, oder er bleibt ein leerer Spöck- und Zerstreumacher. Zur Kritik der monopolkapitalistischen Welt mit ihrer verwirrenden Vielfalt, ihren irrsinnigen Strömen und Gegenströmen, hat John Dos Passos die richtige Romanteknik gefunden.

Paul Baudischs Uebersetzung ist ihm kongenial.

Afrika lacht: Der Afrikaforscher wird durchröntgt

Isolationsprozeß; eine Art Quarantäne wird über einen Distrikt, dann über einen Stamm, später ein Dorf, dann einen bestimmten Haushalt verhängt, bis der Uebelthäter lokalisiert respektive fest gestellt ist. Dann schleift man ihn plötzlich eines Nachts heraus und läßt der „Berechtigte“ freien Lauf.

Diese feingesponnenen Fäden zertritt der plumpe Fuß des Forschungsreisenden. Er tappst immer gerade dort hin, wo man ihn nicht brauchen kann, wo es gärt, ein religiöser Krieg gepredigt wird, Stammesgrenzdispute abzuwalzen, und da er mit den örtlichen Etiketteregeln nicht vertraut ist und alles eher als Fertigkeit und Takt besitzt, bringt er die Bombe leicht zum Platzen. In seiner Oier zu „erforschen“, zertrampelt er frisch aufgestreuten Befehlsand, drängt sich mit seiner Reporterkamera in Privatfestlichkeiten ein, unterbricht religiöse Zeremonien, um über den Kaufpreis des Priestergewandes zu feilschen, sichert in beleidigender Weise über alteingesammte Sitten und Gebräuche und veranlaßt sich auf die Gastgeschenke der Häuptlinge entweder unzulänglich oder begibt sich für das angetriebene Vieh, als ob der Häuptling damit ein Geschäft zu machen beabsichtige. Kurz und gut, der hier so dick tuende Afrikaforscher ist da unten weniger in Gefahr als er vielmehr für die Anstößigen Gefahren herausbeschwört.

Die ansässigen Afrikaner studieren daher den ankommenden Afrikaforscher während der ersten zwei, drei Tage, in denen sie ihn mit allem Erhabenen und Trinkbaren zu traktieren haben, genau, um herauszufinden, was für Schnitzer er machen dürfte und welches besondere Unheil er anrichten könnte. Die Rationalität der Afrikaforscher — meint Mister Best, dieser beste Mister — spielt eine geringe Rolle ihren allgemeinen Eigenschaften gegenüber, als welche da sind: Hilflosigkeit und Unerfahrenheit, eine freudige Bereitschaft zu borgen ohne zurückzugeben, eine halb amüsierte, halb verärgerte Stellungnahme unverständlichen Phänomenen gegenüber und eine erstaunliche Beharrlichkeit, auf vorgefaßten falschen Meinungen zu verharren.

Vollgestopft mit Räuber geschichten von wilden Gefahren, sensationellen Errettungen aus den Klauen des Todes, hat sich der Afrikaforscher bis an die Zähne bewaffnet und kommt mit einer übermäßigen Ladung überflüssiger Dinge an, während es ihm an allem Notwendigen (namentlich Kampfausrüstungen) fehlt. Sein Mangel an vernünftigen Vorbereitungen und an Kampererfahrungen — diese Leute haben oft in ihrem eigenen Lande keine drei Nächte im Freien verbracht — trägt die Hauptschuld an den Strapazen, die der Afrikaforscher tatsächlich durchmacht und die er nur durch die Abwesenheit jeder wirklichen Gefahr in solchem Ausmaß zu ertragen vermag. Die eine große Gefahr, die den Afrikaforscher bedrückt, ist, daß er sein Buch nicht anbringt — aus dem einfachen Grund, weil Afrika bereits erforscht ist. In den letzten zweitausend Jahren hat man beinahe alles entdeckt von mythischen menschlichen Rostern bis zu menschenfressenden Zwergen. Aber noch immer ist Nachfrage da. Was soll er tun, der arme Afrikaforscher?

Wo immer er hinkommt, ist der zu erforschende Kontinent von unserer verdammten Kultur bedeckt. Staatswitzen, Gegenbesuche, Smokinggeplauder, Tanzvergnügen, Luruszüge, Autos, Motorräder, Traktoren. Selbst die Reger enttäuschen durch ihr Wetter- und Erntegerede, wenn sie Farmersleute sind, und als Händler sprechen sie wie alle Händler vom Markt und den Preisen. Kann man aus dergleichen Dingen ein zugrätiges Afrika machen? Nein. Also setzt sich der Afrikaforscher dramatisch in Szene. Er erzählt nichts von seinen guten Tagen, von der gewonnenen Hilfe und Führung, er überbetont gewisse Charakteristiken des Landes und ignoriert andere gänzlich.

Natürlich verbleiben auch in diesen Tagen der „Schuh“ herrschaft den Eingeborenen (und Bömen) einige religiöse Freiheiten. Da heißt es einsehen. Die Eingeborenen tanzen gern mal dann und wann, von der religiösen Bedeutung des Tages ganz abgesehen... und natürlich: wo es Löwen gibt, wird gebrüllt. In den Afrikabüchern sind alle diese Geschmeisse düster, bedrohlich, ominös. Der Dorfanz (anständiger als bei uns) wird zum orgiastischen Ritual. Das Löwengebrüll — das einer ehrenvollen Erwähnung wert ist, wenn der Löwe bei Stimme ist und sich nicht überessen hat — wird symbolisiert, wird zum „Schrei des dunklen Afrika“... „der Schrei der reißenden Tiere hält in der urwäldlichen Wildnis wider und der urwäldliche Mensch kriecht zitternd in seine Grashütte oder sucht Schutz in Baum oder Höhle“.

Der ansässige Weiße hat sich mit technischen, landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Problemen zu beschäftigen. Seine Beobachtungen sind zutreffend, seine Ansichten zu gesund, um Furore zu machen. Das bleibt dem Afrikaforscher überlassen...

Georg Schwarz:

Apokalypse von heute

John Dos Passos zählt zu den literarischen Avantgardisten Amerikas. Er gehört zu der revolutionären Gruppe, die sich um die Zeitschrift „New Masses“ sammelt. Männer wie Theodore Dreiser und Upton Sinclair sind die Apostel dieses jungen, kämpfenden Schrifttums. Ihre Jünger begnügen sich nicht mehr damit, die amerikanische Welt zu erklären und zu reformieren, sie wollen sie verändern. Wenn radikal sein heißt, einer Sache an die Wurzel gehen, dann ist Dos Passos sicherlich ein Radikaler. Sein neues Werk „Auf den Trümmern“ (S. Fischer, Verlag, Berlin), mit dem Untertitel „Roman zweier Kontinente“ sprengt die überkommene europäische Form des Romans bis in ihre tiefsten Fundamente.

So wirkt beim flüchtigen Durchblättern der 300 Buchseiten der Eindruck eines artistischen Kunststücks, einer snobistischen Kunstfertigkeit, ein wenig abschreckend. Erst wer sich festgelesen hat, merkt, wie organisch und unausweichlich diese Technik zum angestrebten Ziel führt, wie sie aus der Konzeption des Autors entspringt, und nicht umgekehrt, die Konzeption aus ihr. Vorauszusetzen ist: dieser Roman hat keine durchlaufende Handlung. Er ist eine Vielfalt in sich abgeschlossener Erzählungen; aber sie alle laufen auf einer Linie, dienen dem einen Zweck, der ist, das unbarmherzige Antlitz der zusammenbrechenden Welt zu enthüllen.

Dos Passos fügt dieses abschreckende Standbild des menschenverschlingenden Baals aus lauffähigem Material, wie es jeder Tag dieser anarchischen Katastrophen-Abfolge aufs neue ihm zu trägt. Die Schicksale des einzelnen, des „Helden“, im überlieferten Sinne, sind ihm nur Vorwand. Erst dadurch, daß er sie nebeneinanderstellt, werden sie funktionell, bekommen sie ihre Bedeutung, läßt sich an ihnen der eigentliche Held vorführen: die aus den Augen geratene, aus allen Röhren plägende Welt.

Mit haarstarrer Präzision, mit gründlichstem Wissen, mit sicheren Strichen und unbefehllichem Formgefühl stellt Dos Passos keine Figuren in das Schachspiel um Tod oder Leben. Mögen sie Namen tragen wie Roosevelt, Morgan, Wilson, mögen es namenlose Gestalten aus der Menge, ein Matrose, eine rote-Kreuz-Schwester, ein Soldat, ein Revolutionär, ein Student sein. Mit unerbittlicher Wahrheitswut spürt dieser Anatom mit seinen literarischen Scal-

Unternehmer und Papen-Regierung

Eine Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

In den letzten Tagen haben Präsidium, Vorstand und Hauptauschuß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie Tagungen abgehalten, deren äußerer Rahmen durch den Ausfall der Vorträge des Reichsfinanzministers und des Reichsbankpräsidenten freilich bescheiden ausfiel, als er gedacht war. Die vom Reichsverband über die Tagung herausgegebenen Mitteilungen enttäuschen aber auch alle diejenigen, die von der führenden Organisation der deutschen Unternehmer eine Stellungnahme zum Regierungswechsel und zu der gegenwärtigen, auch das Wirtschaftsleben ernst bedrohenden politischen Unsicherheit in Deutschland erwarteten. Für die Außenpolitik erhält die Papen-Regierung in der Abrüstungs- und in der Reparationsfrage ein unbefränktes Vertrauensvotum. In der Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik ist dem Reichsverband der Deutschen Industrie offenbar alles willkommen, was die Papen-Regierung an Maßnahmen zur Förderung des kurzfristigen Unternehmerinteresses unternommen hat oder noch unternehmen könnte.

Der Reichsverband begrüßt es, daß die Papen-Regierung einen grundsätzlichen Trennungstrieb gegenüber allen Bestrebungen ziehen will, die staatssozialistisch genannt werden, und verlangt, daß die Reichsregierung auch entsprechend handelt.

Den Drosselungsmaßnahmen der letzten Notverordnung wird zugestimmt.

Aber es genügt nicht, so heißt es, die Richterhebung neuer Steuern nur zu versprechen. Demgegenüber sei eine endgültige Befreiung der Kassen- und Finanzlage nur durch eine organische Senkung der Ausgaben möglich, die durch eine großzügige Verwaltungsreform und eine Reform der Sozialversicherung erfolgen müsse.

Zur Vergrößerung des deutschen Produktions- und Handelsvolumens gehöre in erster Linie eine Senkung aller Faktoren der Produktionskosten, womit also auch weiteren Lohnsenkungen das Wort gesprochen wird. Komisch wirkt unter den jetzigen Verhältnissen die Versicherung, daß der Reichsverband der Deutschen Industrie nach wie vor jede Art von Subvention wie auch jede Maßnahme ablehne, die auf eine „Sozialisierung der Verluste“ hinauslaufe. Wenn die Reichsregierung unter organischem Umbau der Wirtschaft die Beseitigung

aller die individualistische Wirtschaftsordnung verfälschenden Fesseln der Nachkriegszeit verstehe, so sei der Reichsverband damit einverstanden.

„Dagegen müßte sich die deutsche Industrie einem organischen Umbau der Wirtschaft im Sinne zunehmender und ausgeglichener Kartellbindungen oder im Sinne der bewußten Preisgabe exportwirtschaftlicher Interessen zugunsten einer zu weitgehenden Bevorzugung einzelner Wirtschaftszweige entschieden zur Wehr setzen.“

Die deutsche Handelspolitik dürfe nicht zu einem Mittel gemacht werden, sich auf Kosten der Exportwirtschaft einseitig gemißer und bequemer Bindungen zu entledigen.

Selbstverständlich tritt der Reichsverband mit allem Nachdruck für die Aufrechterhaltung des privatwirtschaftlichen Systems ein. Soweit die Wirtschaft selbst für Fehler verantwortlich zu machen sei, habe sie auch selber die Pflicht, diese auszumergen. Zu diesem Zweck sei die deutsche Industrie bereit, mit der Regierung Hand in Hand zu arbeiten.

Zur Frage der Arbeitsbeschaffung soll gemeinsam mit der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ein Ausschuß gebildet werden.

Zur Kartellfrage machte Müller-Derlinghausen unter dem merkwürdigen Vortragstitel „Koalitionsfreiheit des Unternehmers“ einige Ausführungen, die beachtenswert scheinen.

Nach den Grundrechten der Reichsverfassung sei nicht nur die Koalitionsfreiheit auf dem Lohn- und Arbeitsgebiet, sondern auch die wirtschaftliche Koalitionsfreiheit des Unternehmers und des Konsumenten zu gewährleisten. Diese umfassende Koalitionsfreiheit sei ein notwendiges und unentbehrliches Mittel zur Aufrechterhaltung unserer Gütererzeugung und -verteilung.

Staatliche Zwangsmassnahmen seien grundsätzlich zu bekämpfen, gleichgültig, ob sie die Preise und die Löhne betrafen. Wenn die Kartellauflösung lediglich den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen bekämpfe, so werde sie den Reichsverband immer an ihrer Seite finden. Eine solche Aufgabe könne die Kartellstelle des Reichsverbandes aber nur dann erfüllen, wenn in den Reihen der Industrie die notwendige Selbstdisziplin herrsche.

Wirtschaftsruin durch Besizerhaltung

Der gefährdete Realkredit. — Eine Untersuchung des Konjunkturinstituts.

In das Verhältnis von Gläubiger und Schuldner hat vor allem die Dezember-Notverordnung eingegriffen. Zinsentzug, Vollstreckungsschutz, Sicherheitsverfahren u. a. m. sollten die Schuldner vor dem Zugriff der Gläubiger schützen, zumal die Häufung von Zwangsversteigerungen zu einem für unangenehm gehaltenen Sturz der Werte geführt hätte. Wegen dieser weitreichenden Bestimmungen haben vor allem die Gläubiger der Pfandbriefgebiete — Handwerker, Einzelhandel, Geber von Personalkredit — protestiert, da nun auf sie die Last der Schuldner übertragen sei. In diesen Fragenkomplex — soweit er den Grundkredit betrifft — einige Klarheit zu bringen, unternimmt eine Untersuchung „Der Immobiliarkredit“ von Dr. Rokottiewicz, die als Sonderheft der Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung erschienen ist (Verlag Reimar Hobbing).

Die deutsche Wirtschaft war im Jahre 1913 mit insgesamt 117,5, im Jahre 1931 mit insgesamt 93,6 Milliarden Mark verschuldet. Davon entfielen auf den Immobiliarkredit (Hypotheken) im Jahre 1913 62,2, im Jahre 1931 34,7 Milliarden Mark (hier von 7,4 Milliarden Aufwertungshypotheken). Diese Hypotheken wurden zu 60 Prozent früher wie jetzt als Pfandbriefhypotheken (von Hypothekenbanken, Sparkassen, Versicherungen und öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten) gegeben. Der Anteil der von Privatleuten gegebenen Hypotheken ist von 40 auf 20 Prozent zurückgegangen, in der Nachkriegszeit wurden 20 Prozent der Hypotheken aus Hauszinssteuern und anderen öffentlichen Mitteln gegeben. Die öffentlich-rechtlichen Pfandbriefanstalten, Landesbanken usw. und die Träger der staatlichen Zwangsversicherung sind jetzt bedeutend stärker als in der Vorkriegszeit am Realkredit beteiligt. Die Gesamtsumme der landwirtschaftlichen Hypotheken belief sich Ende 1931 auf 7,65 Milliarden Mark (davon 1,8 Milliarden Aufwertung) gegen 13,0 Milliarden im Jahre 1913; die Gesamtsumme der städtischen Hypotheken Ende 1931 auf 27,1 Milliarden Mark (5,6 Milliarden Aufwertung) gegen 49,2 Milliarden Ende 1913.

Mit aller Deutlichkeit wird festgestellt, daß die Aufnahme von Hypothekendarlehen in der Landwirtschaft vielfach unverantwortlich

war, solange eine Ueberwachung durch die Kreditgeber fehlte. Nach Feststellungen des Konjunkturinstituts stehen 6,8 Milliarden Mark Krediten (in den Jahren 1924 bis 1928) nur 2,4 Milliarden Sachkapital gegenüber. Der größere Teil, nämlich 4,4 Milliarden, ist zu fremden Zwecken verwendet worden, entweder für gewerbliche Betriebe oder für die Ausstattung von Söhnen und Töchtern oder zur Finanzierung von Betriebsverlusten. Die jährlich steigenden Zinslasten trafen zusammen mit sinkenden Verkaufserlösen. Auf die gesamten Schulden der Landwirtschaft (Hypothekendarlehen und Personalkredit), die für Anfang 1932 auf 11,8 Milliarden Mark berechnet werden, sind im Wirtschaftsjahr 1931/32 (1. Juli bis 30. Juni) 1010 Millionen Mark Zinsen zu zahlen; für das Kalenderjahr 1932 werden sie nach dem Erlaß der Notverordnungen auf 850 Millionen Mark veranschlagt. Diese Zinszahlungen machen für 1931/32 etwa 17 Proz., für das Kalenderjahr 1932 etwa 13 Proz. der geschätzten Verkaufserlöse aus, während es 1926/27 erst 8 Proz. waren. Die rückständigen Zinsen wachsen immer stärker an, die besorgten Gläubiger wollen ihr Kapital zurückhaben (von schlechten wie von gesunden Betrieben), aber der Vollstreckungsschutz verhindert vorläufig (auf 9 Monate) fast jedes Vorgehen gegen die Schuldner. Der Besitzwechsel und damit die Anpassung der Grundstückspreise an den kapitalistischen Ertrag wird verhindert und damit auch die endgültige Vereinigung

Für die Lage des städtischen Immobiliarkredits ist die Entwicklung der Arbeitseinkommen von ausschlaggebender Bedeutung.

Diese sind aber im Jahre 1931 etwa 25 bis 30 Proz. niedriger als im Jahre 1929 gemessen, während die Mieten annähernd gleich blieben. Der Anteil des Volkseinkommens, der für die Wohnungsnutzung verwendet werden mußte, ist von 10 Proz. im Jahre 1930 auf 14 bis 17 Proz. im Jahre 1931 gestiegen; er ist im ersten Vierteljahr 1932 noch weiter gestiegen, obwohl die Mieten inzwischen gesenkt wurden!

Die Mietensenkung zu Anfang dieses Jahres konnte nicht annähernd den Einkommensausfall der Mieter ausgleichen. Der Mietaufwand dürfte sich um 750 Mill. Mark, das sind 9 Proz. des Mietaufwandes von 1931 (8,3 Milliarden Mark), ermäßigt haben. Die Hausbesitzer erlitten eine Entlastung aus der Zinsentzug (auch für Aufwertungshypotheken!) und aus der Ermäßigung der Hauszinssteuer. Der Druck auf die Mieter hält aber an, so daß auch für die Hausbesitzer die Hypothekenlasten (27,1 Milliarden Hypotheken) immer drückender werden.

Große Fehler sind im Geschäftshausbesitz begangen worden.

Auch hier wurde die Rente der guten Jahre als unabänderlich angesehen, und vielfach wurden Hypotheken aufgenommen, um mit diesen Geldern neue Geschäftshäuser zu kaufen, weil man auf Wertsteigerungen spekulierte.

Die Untersuchung kommt zu dem Schluß, daß die Krisenfolgen jetzt verschärft wirksam werden, weil alle Beteiligten — Kreditgeber und -nehmer, in Stadt und Land — die

Ertragsmöglichkeiten falsch eingeschätzt hätten. Letzten Endes müßten die Preise auf den kapitalisierten Ertrag zurückgehen; sie würden dann „teilweise wesentlich unter den Beträgen liegen, die der Beleihung in den vergangenen Jahren zugrunde gelegt worden sind“. Eine Verlängerung des Vollstreckungsschutzes würde die Gläubiger hart treffen und müßte wohl staatliche Maßnahmen zugunsten der Gläubiger nach sich ziehen. Der einseitige Schutz der Schuldner verstärkte die Gefahr, daß die Zinsen auf landwirtschaftliche und städtische Hypotheken so zögernd oder überhaupt nicht gezahlt würden, so daß die Realkreditinstitute vielleicht bald nicht mehr die Zinsen auf die ausgegebenen Pfandbriefe zahlen könnten.

Märkisches Elektrizitätswerk.

Wieder 10 Proz. Dividende. — Absatz an Kleinabnehmer gestiegen

Die Märkisches Elektrizitätswerk A. G., Berlin, hat ihr Verorgungsgebiet, das bis dahin vor allem Brandenburg und Teile von Schlesien, der Provinz Grenzmark und von Pommern umfaßte im Jahre 1931 durch Uebernahme der Stromversorgung von Mecklenburg-Schwerin wesentlich erweitern können. Der Stromabsatz ist daher nur um 2,3 Proz. gegenüber dem Vorjahre auf 513,6 Mill. Kilowattstunden zurückgegangen. Rechnet man die neu hinzugekommenen Gebiete ab, so beträgt der Rückgang auch nur 5 Proz., bleibt also unter dem Reichsdurchschnitt. Dieses günstige Ergebnis erklärt sich daraus, daß der Absatz an die Industrie (Rückgang 9 Proz.) einen kleineren Anteil als bei anderen Stromerzeugungsunternehmen ausmacht, vor allem aber daraus, daß der Absatz an die Kleinabnehmer um 11 Proz. gestiegen ist. Der Kleinabnehmermarkt lag laut Geschäftsbericht um 34 Proz. unter den Vorkriegspreisen. In diesem Jahre sind die Tarife weiter ermäßigt worden.

Das Kapital, das sich ganz in Händen der Provinz Brandenburg, des Freistaates Mecklenburg-Schwerin und der verstorbenen Landtreise befindet, wurde von 50 auf 65 Mill. Mark erhöht. Die Elektrizitätsanlagen erhöhten sich durch Ausbau des Kraftwerkes Finkenberd von 46,8 auf 53,9 Mill. Mark, das Leistungsgesetz von 96,8 auf 102,2 Mill. Mark. Die Beträge für die Uebernahme der neuen Aktien sind noch nicht eingezahlt, woraus sich vor allem die Erhöhung der Schulden von 29,8 auf 30,6 Mill. Mark erklärt. Neben dem Abschreibungsfonds von 107,8 Mill. Mark und dem gesetzlichen Reservefonds von 5 Mill. Mark werden Sonderrückstellungen von 19,3 Mill. Mark ausgewiesen.

Der Rohgewinn ist von 26,8 auf 30,1 Mill. Mark gestiegen, vor allem infolge Zinszahlungen auf die ausstehenden Kapitalbeträge. Bei erhöhten Abschreibungen (von 17,1 auf 17,9 Mill. Mark) wird ein von 5,1 auf 6,9 Mill. Mark erhöhter Reingewinn ausgewiesen, aus dem wieder 10 Proz. Dividende gezahlt werden.

Sachsens Kraftwirtschaft.

Stromabsatz der A. G. Sächsische Werke um 9 Proz. gesunken

Der sächsische Staat hat keine Interessen an der Elektrizitätswirtschaft in der A. G. Sächsische Werke (Kapital 100 Millionen Mark) zusammengefaßt. Diese versorgt, zum Teil durch Tochtergesellschaften, fast ganz Sachsen mit elektrischem Strom, der nahezu restlos in eigenen Kraftwerken erzeugt wird. Die geförderteten Kohlen der Bergwerksbetriebe (vor allem Braunkohle) werden überwiegend den Kraftwerken zugeführt.

Im Jahre 1931 ist der Stromabsatz der A. G. Sächsische Werke von 789 auf 715 Millionen Kilowattstunden, also um 9,4 Proz., zurückgegangen. Der Rückgang war also stärker als bei den preussischen Staatsunternehmen, der Preag, bei der er mit 4,7 Proz. nur gerade halb so stark war; allerdings ist im Reichsdurchschnitt der Stromabsatz um 12 Proz. zurückgegangen.

Die Betriebseinnahmen des Jahres 1931 waren mit 29,2 Millionen Mark kaum geringer als im Vorjahr (29,3 Millionen Mark). Aber die sonstigen Einnahmen (im Vorjahr 4,5 Millionen Mark) sind fast verschwunden. Wenn auch die Ausgaben ermäßigt werden konnten, ist der Reingewinn doch von 5,4 auf 0,8 Millionen Mark zurückgegangen, zumal die Zumeisung zum Erneuerungsfonds von 12,4 auf 13,2 Millionen erhöht wurde.

In der Bilanz erscheinen sämtliche Anlagen mit 343,5 Millionen Mark, darunter Elektrizitätsanlagen mit 226,4 Millionen Mark. Die Beteiligungen haben sich von 21,6 auf 24,5 Millionen

Vortrefflich ihre Qualität
Vollgültig ihr Gewicht:
Denn rauche Halpaus-
Rarität
Eine bessere findest Du nicht.

Jetzt mit
hochinteressanten Völkerschau-Bildern



Die Bankguthaben von 16,0 auf 16,5 Millionen Mark erhöht, während die sonstigen Forderungen von 20,8 auf 18,4 Millionen Mark zurückgingen.

Wieder Millionenverlust bei Adler. Verhältnismäßig gute Beschäftigung.

Die Adlerwerke vorm. Heinrich Kleyer A.-G., Frankfurt a. M., die erst im Jahre 1929 eine Sanierung durchmachten, weisen für das Geschäftsjahr 1931 einen neuen Verlust von 1,75 Mill. M. aus, nachdem das Vorjahr mit einem geringen Reingewinn von 0,1 Mill. M. abgeschlossen hatte. Angesichts der Zersplitterung der deutschen Automobilproduktion ist das Ergebnis nicht überraschend, vielleicht sogar noch einigermaßen günstig, da die stillen Reserven (Unterbewertung der Bestände) noch vorhanden sein sollen.

Der Umsatz ist von 58 auf 38,5 Mill. M. zurückgegangen, betrug also das Unterhalbfache des Kapitals. (25 Mill. M.) Die ordentlichen Abschreibungen sind von 2,3 auf 1,3 Mill. M. ermäßigt worden; nach Auflösung des Kontos „Beriberichtigungen“ mit 5 Mill. M. erscheinen die Anlagen mit 22 (27,8) Mill. M. Die gesamten Vorräte sind nur von 7,5 auf 7,0 Mill. M. zurückgegangen.

Zur Zeit wird der Absatz in Automobilen, Schreibmaschinen und Fahrrädern als zufriedenstellend bezeichnet. Die Gesamtbeschäftigung wird mit etwa 3000 Mann angegeben, die eine wöchentliche Arbeitszeit zwischen 40 und 48 Stunden hätten. Es liegt ein großer Auftragsbestand vor; die Nachfrage, besonders nach dem 1,5-Liter-Wagen, sei gut.

Auch ... Feiern ohne Meyer!

Rückläufiger Absatz. — 35 Filialen aufgegeben.

Die Hermann Meyer u. Co. A.-G., Berlin, hat im letzten Vierteljahr des Geschäftsjahres 1931 die Folgen der starken Arbeitslosigkeit und der Kaufkraftverminderung in einem erheblichen Absatzrückgang zu spüren bekommen. Vor allem litt der Absatz in Spirituosen, während das Geschäft mit anderen Waren (Wein, Fruchtsaft, Konserven) erträglich war. Auch bei den Tochtergesellschaften, vor allem bei der Berliner Gaststätten-Gesellschaft, war die Entwicklung schlecht. Man sah sich deshalb gezwungen, 35 unrentable Filialen aufzulösen. Die Ausschüß für das laufende Jahr werden ungünstig beurteilt.

Aus den Preisentzungen ist ein Verlust von 0,4 Mill. Mark entstanden, der allerdings zum Teil in das Jahr 1932 fällt. Durch Einzug von 0,25 Mill. Mark eigener Aktien wird das Kapital von 2,8 auf 2,52 Mill. Mark herabgesetzt. Dabei entsteht ein Buchgewinn von etwa 100 000 M. Dem Reservefonds werden 0,2 Mill. Mark entnommen. Diese Beträge werden zu Sonderabschreibungen verwendet. In der Bilanz stehen 0,9 Mill. Mark Forderungen etwa 0,5 Mill. Mark Schulden gegenüber. Warenbestände erscheinen mit 0,65 (Vorjahr 0,8) Mill. Mark. Der Abschluß endet ohne Gewinn und Verlust.

Auch die Erzeugung der Deutschen Walzwerke hat sich im Mai erhöht. Die arbeitstägliche Produktion ist gegenüber April von 15 469 auf 21 014 Tonnen gestiegen und hat damit auch die arbeitstägliche Erzeugung vom Mai vorigen Jahres mit 20 690 Tonnen überschritten. Diese Entwicklung entspricht derjenigen bei Roheisen und Stahl und ist auf die Sonderaufträge für Ausland zurückzuführen.

Eine preußische Novelle zur Schlachtsteuer ermächtigt den preußischen Finanzminister, die im Schlachtsteuergesetz vorgesehene Ausgleichsteuer für die Fleischfuhr aus außerpreußischen Ländern durch Gegenleistungsbereinigungen mit anderen deutschen Ländern, die ebenfalls eine Schlachtsteuer haben, zu beseitigen.

Aufträge für Eisweller Bergwerks-Verein. Die Hüttenabteilung des Eisweller Bergwerks-Vereins-Koblenz hat einen Auftrag auf 400 Td. Eisenkonstruktionen für ein Kesselhaus in Bohringen erhalten, wodurch 100 Arbeiter für etwa drei Monate Beschäftigung erhalten. Ferner schweben Verhandlungen über Schraubenlieferungen.

Im Juli 50 Proz. Devisenzuteilung. Der Reichswirtschaftsminister hat angeordnet, daß die Importeure für Juli 1932 den Höchstbetrag ihrer allgemeinen Genehmigungen nur bis zur Höhe von 50 Proz. in Anspruch nehmen dürfen.



Baden u. Kurort



Reise zeitgemäß!

Wenn in diesem Jahr noch 100 Mark für die Urlaubsreise zur Verfügung stehen und die nötige freie Zeit dazu, der hat gewiß kein Recht sich zu beklagen. Aber vielleicht begründet er doch mit einem kleinen schmerzlichen Seufzer manche seit Monaten zärtlich gehegten Reisepläne; denn wer Reiserfahrung hat, der weiß, daß unterwegs hundert Mark doch eine recht bescheidene Summe sind für den, dessen nicht mehr ganz junge Glieder einigen Anspruch an gute Betten und sonstige Bequemlichkeiten stellen. Nur solche Urlaubsreisender sich nun in einem ihm vielleicht von Wochenendfahrten längst bekannten billigen Winkel verziehen, um wenigstens die so dringend erforderliche Erholung heimzubringen?

In einem Vortrag im Programm der Funkstunde „Reise zeitgemäß!“ schüttete Franz F. Schwarzenstein eine heitere Fülle von 100-Mark-Reisevorschlägen aus, die allen, die diese Summe freimachen können, eine bunte Ferienwelt aufstaut. Freilich, wenn man eine Gesellschaftsfahrt nach Rügen oder in den Schwarzwald mitmacht, so hat man für 70 oder 92 M. nur 8 oder 7 Reisetage, während man allein selbst eine Reise ins Rheinland für 100 M. 14 Tage ausdehnen kann. Mit der Urlaubskarte kostet die Fahrt Berlin-Köln 42 M., und für eine Pauschale von 47 M. gibt es bereits im Rheinland zwei Wochen Pension und Unterkunft, für 67,50 M. drei Wochen. Auch in Sachsen, in Oberbayern, Württemberg, Baden und im Harz gelten ähnliche Mindestpreise; in größeren Kurorten, ebenso in Thüringen, liegen sie etwas höher. Pauschalpreise aber kann man heute überall finden, und dadurch hat man die Möglichkeit, das zur Verfügung stehende Reisegeld richtig einzuteilen. In den sächsischen Moor- und Solbädern Brehm, Düben und Dürrenberg wird man sogar einschließlich Reisegeld von und nach Berlin einen 14-tägigen Kuraufenthalt mit 100 M. bestreiten können.

Für den Berliner, der das Glück hat, über längere Ferien zu verfügen, wird, wegen der Fahrgelegenheiten, die Markt das Reiseziel bleiben müssen. Sie ist größer und unbefanfter, als viele ahnen, und für 3 bis 4 M. findet man überall Pension. Der Redner zählte sonderbare Orte und Möglichkeiten auf, daß er keinem Hörer Zeit zu einigermaßen ausführlichen Notizen ließ; aber dafür gab er ihm den tröstlichen Eindruck, daß die Reisemöglichkeiten für den Besitzer von 100 M. nahezu unerschöpflich sind — und den zweckdienlichen Hinweis auf die Kustuntsbereitschaft von Reise- und Verkehrsbüros.

Kleinstadt am Niederrhein.

Wir sind am Niederrhein und die atmend bewegte Wasserfläche, die die Ufer des Biesenlandes hinaufgreift und langsam zu Tal wandert, ist der Strom, der Rhein. Viel hat er hinter sich. Zuletzt kam er an Duisburg-Kuhrort, Homberg und Hamborn vorbei, sah Eisenwerke, dampfende Hallen, Hochöfen und den Horizont von Schloten, wie von Jaupfählen umstellt — trug die Schiffe, die unter der Last der Kohlen, der roten und blauen Erze tief in ihn einliefen, schlochte Metall- und Kohlenstaub, Abwässer und Laugen und nun, da er an der kleinen Stadt Drfey vorbeikommt, hat er das alles verbaut. Glatt und reinlich steht er dahin und die Sonne wirft grell aufzuwendende Strahlen über ihn.

Vom Strom her ist nicht viel von der Stadt zu sehen. Am Ende des Biesenvorlandes steigen Dämme auf und über sie hinaus schauen außer zwei Kirchtürmen kaum ein paar blauliche Dächer. Außerdem schließt die grüne Wand des Lindenwaldes Drfey ein und läßt nur die Rheinseite frei. Durch die Wallertore in die Stadt kommend, sieht man zwei Reihen einstöckiger Häuser in einer kopfleingepflasterten Straße, an deren Ende ein plumper, weißgeputzter Bau mit einem großen Tor darin steht, und da ist die Stadt denn wieder zu Ende. Kreisrund geht der Wall um sie herum und die zwei Hauptstraßen liegen wie ein Kreuz darin. Auch die Seitengäßchen sind regelmäßig verteilt: ein kauerer Festungsplan. Und Drfey am Niederrhein war früher eine Festung. Heute ist sie freilich seit hundert Jahren ihrer Wichtigkeit beraubt. Napoleon ließ ihre Befestigungen, von denen sie all die Jahrhunderte nichts als Rot und Drangal gehabt hatte, schießen und dann wuchsen die Linden auf den Wällen.

Sonntag um Sonntag legen viele Dampfer mit bunten Fähnchen und Musik in Drfey an. Tausende von Menschen steigen aus, schlendern durch die paar Straßen, betrachten und fotografieren das alte einfache Rathaus mit seinem Treppengiebel, die Patrizierhäuser mit den hohen Schiebefenstern, die schiefen Fachwerkhäuser an der Stadtmauer, das Ruhtor, das Zollhaus und den runden, geschlossenen Pulverturm. Hinaus in die Wiesen vor den Wällen gehen die Menschen, fahren Kahn auf dem schöngeputzten See, dem Ruhtich, sehen der Ankunft von Badlern, Seglern und Rudern in dem kleinen Hafen zu, nehmen Platz auf den Terrassen am Rhein oder in den gemütlichen alten Wirtschaften mitten in der Stadt.

Die kleine Stadt Drfey liegt da in der Sonne, ihre Häuser sind schief und ihr Pflaster ist holperig, aber sie nimmt das Leben, das von allen Seiten in sie einströmt, freundlich auf. Dampfer, Autos und Motorräder bringen viele herbei. Noch ist das alte Drfey nicht ganz und gar verfunken und vergessen.

Der Westurm von Wangerooze,



das althistorische Wahrzeichen der Nordseeinsel Wangerooze, zu Anfang des Weltkrieges gesprengt, wird noch in diesem Jahre wieder aufgeführt, nachdem es in jahrelanger, mühseliger Arbeit endlich gelungen ist, die für den Bau erforderliche Summe zu beschaffen. Die Grundsteinlegung findet in den letzten Tagen des Monats Juli statt. Die vielen Besucher Wangeroozes, die sich auch für diese Saison wieder melden, werden Gelegenheit haben, an der Grundsteinlegung teilzunehmen.

Bad Salsungen (Thür. Wald) hat trotz seiner den Durchschnitt überschreitenden Gebührensensungen, denen sich auch das Behringungsgewerbe anschloß, seinen Ausbau großzügig weitergeführt. Im Badehaus wurden eine Anzahl Kohlenäure-Schaumbäder-Einrichtungen eingerichtet. Daneben soll jetzt die Wirkung der heilkräftigen Solebäder, soweit die Ergänzung angebracht ist, durch Sonnenbäder unterstützt werden. Das Luft- und Lichtbad wird zur Zeit am Ufer der Werra und in unmittelbarer Nähe der Grabenwerke errichtet.

Bad Landeck in Schlesien nimmt unter den Radium-Kurorten eine Sonderstellung ein. Die eigenartige Kombination, die in dem gleichzeitigen Vorhandensein von Radium-Emanation und Schwefel bei einer Ursprungstemperatur der Quellen von rund 28 Grad Celsius gegeben ist, läßt es verständlich erscheinen, daß die Erfolge strengster wissenschaftlicher Nachprüfung standgehalten haben. Für die chronisch entzündlichen Frauenkrankheiten und für die verschiedenen Formen rheumatischer und gichtischer Erkrankungen des Bewegungsapparates liegen solche Untersuchungen abgeschlossen vor. Die blutdrucksenkende und harntreibende Wirkung der Quellen ist zur Zeit Gegenstand erster Nachprüfung. Hiermit hängt wohl die günstige Beeinflussung beginnender Alterserscheinungen durch die Landecker Thermen zusammen. Auch bei den verschiedensten Nervenleiden funktioneller und organischer Natur bewähren sich diese Heilquellen.

Bad Grund (Oberhary). Aus Anfragen ist zu ersehen, daß die auf Vermittlung des Deutschen Bäderverbandes eingeführten Pauschal-Aufenthalte (2 Wochen 64 oder 75 M.) mit den Pauschal-Heilkuren (3 Wochen 116 oder 139 M.) verwechselt werden. Beide Pauschalen enthalten Wohnung, Pension und Kurtagabgabe; nur die Pauschalheilkur auch ärztliche Behandlung und Heißbäder oder Inhalationen. Die Pauschal-Aufenthalte sind für Erholungsbedürftige, die keine Bäder zu nehmen brauchen, oder für die Begleiter von Heilungssuchenden gedacht.

Der Arzt empfiehlt Bad Salzbrunn

Bezirk Breslau bei Katarrhen, Asthma, Grippefolgen, Nierenleiden, Gicht und Zucker. Wieder in eigener Regie „Schlesischer Hof“ das schönste Hotel Schlesiens Hotel „Preußische Krone“, Haus „Kynast“, Fremdenheim, „Elisenhof“ neu mit fl. Wasser ausgestattet und umgebaut. Kurprospekte durch die Badeverwaltung.

Auch Sie können sich doch noch eine Kur leisten

28 Tage

Vergünstigungskuren für Minderbemittelte

Wohnung, Verpflegung und Bad-Geld Kurtaxe, Gemeindegeld, naturl. Kurmittel (Bäder- u. Trinkkur) sowie ärztliche Versorgung ... 220.-

Pauschal-Kuren ebenfalls ganz eingeschlossen

BAD Kudowa

Herz-Base-daw-Nerven-Frauen-Stoffwechsel-Leiden

Kur 3 260.-
Kur 2 300.-
Kur 1 340.-
Kura 420.-

BAD ORB

IM SPESSART

Gelenk-, Nerven-Frauenkrankheiten, Alterserscheinungen heilt

Bad Landeck

In Schlesien

Radium-u. Moorbäder pp.

Preise ermäßigt

Pauschalkuren

Auskunft u. Prospekte: Stadt. Badeverwaltung und Reisebüros.

Das anflühende Heilbad für Herz, Gefäße, Rheuma, in reizender Lage, mit vorzüglich mildem Klima und drei an Kohlen-säure überreichen radioaktiven Sprudeln. Pauschalkuren, Trink- und Inhalationskuren. **Ordnungsbüro der Martinusquelle**, / Reiseweg: Von Wächtersbach (D-Zugstation der direkten Strecke Berlin-Frankfurt a. M.) in 15 Minuten.

Verlangen Sie kostenlosen Prospekt durch die Kurdirektion.

KURHAUS-HOTEL, Haus I. Ranges.

Neuruppin (Luftkurort) die Perle der Mark

Bilderbogenstadt, Geburtsort v. Fontane und Schinkel. Am schönen Ruppiner See gelegen, Florie zur Ruppiner Schweiz, Wälder, Seen, Anlagen, histor. Sehenswürdigkeiten, Angel- und Badegelegenheiten. Sportmöglichkeiten. Idealer Wochenend-, Ferien- u. Ruheaufenthalt. Günstige Bahnverbindungen. Sonntags-Rückfahrkarten von und nach Berlin.

CUXHAVEN

Nordsee

Das Bad, das Sie suchen!

Sand Sonne Seewind Salzwasser

Prospekte kostenfrei durch die Badeverwaltung Cuxhaven

Nordseebad

Worderney

Strandbad - Kurbad Wellenbad

Partiengenossen finden freundl. Aufnahme, reich. Verpflegung, fünf Mahlzeiten, pro Tag 3 M. Garten, Liegewiese direkt am Hause, nahe Wald u. Bahn. **Gustav Zickfeld** Harrichhausen (Harr).

Sommergäste finden freundliche Aufnahme und kräftige Verpflegung, 5 Minuten von Wald, Freibad und Bahn gelegen. 5 Mahlzeiten, keine Nebenkosten. Tag 3 Mark. **Pension E. Blötz** Harrichhausen-Harz.

Partiengenossen finden freundl. Aufnahme, sehr gute Küche (3 Mahlzeiten), Garten mit Liegewiese direkt am Hause, nahe Wald und Bahnstation. Schwimmbad vorhanden. Pension 3,25 täglich, keine Nebenkosten. **Albert Karges, Luftkurort Harrichhausen (Harz).**

Bad Elster

Kurheim Villa Jugel

für Partiengenossen und Republikaner: Pauschalkuren, billige Preise. **Ruf 112. Alwin Jugel.**

Ruhige Sommerfrische

Weißberg in Thür. 600 NH.

Bequemer Ausgangspunkt nach d. Saale-talsporre. Gute bürgerl. und billige Verpflegung. Auskunft d. Verkehrsvereins d. Vorwärts.

Schöna

Sächs. Schweiz

empfehlst sich bestens. C.-Prospekte durch Gemeindeverwaltung und die Geschäftsstelle d. Vorwärts.

Ahlbeck

Ostseebad

Prospekte kostenlos durch die Badeverwaltung und alle Reisebüros